Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 5 500 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 5 000 000 Mk. Bei Postbezug monatl 5 486 000 Mk. Unter Streifb. in Polen monatl. 9 000 000 Mk. Danzig 2,5 Guld. Deutschl. 2,5 Rmk. Einzelnummer 300 000 M., Sonn- u. Feiertags 350 000 M. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung od. Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitg. od. Rückzahlg. d. Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 200 000 Mark, die 90 mm breite Reklamezeile 1 000 000 M. Danzig 15 bz. 75 Dz.Pf. Deutschland 15 bzw. 75 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 500 000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 45. Bromberg, Sonnabend den 23. Februar 1924. 48. Jahrg.

Dringliche Anträge.

Mit einer geschickten Rollenverteilung, die sämtliche Parteien des Polnischen Sejm mit Ausnahme der Nationalen Minderheiten und der Sozialdemokraten zu belasten wußte, hat gestern der Sejm drei verschiedene Dringlichkeitsanträge der Rechtsparteien, der Nationalen Arbeiterpartei und der radikalen Bauernpartei angenommen, die mit unzweideutiger Offenheit eine energische Fortsetzung der so erfolgreich betriebenen Entdeutschungspolitik der westlichen Wojewodschaften fordern. Herr Kierski nannte dieses Verfahren eine „Beutepolitik", die edle Frau Sokolnicka berief sich auf die Grundsätze des „Faustrechtes". Sonst bildeten die vorgebrachten Motive der Anträge nur eine große Verleumdung.

Wenn Herr Brzezinski erklärt, daß hunderttausende von Saisonarbeitern aus Deutschland ausgewiesen wurden, so ist das eine Lüge. Wenn er ferner versichert, daß diese Leute, die immerhin unter dem Schutz der preußischen Bajonette (auch in Mecklenburg und nach der Entwaffnung?) gewisse Werte angesammelt haben, vollständig ruiniert wurden, so ist das auch eine Lüge. Wahr dagegen ist, daß hunderttausende von Deutschen ihre hiesige Heimat verlassen haben, die sich zum größten Teil durch die Arbeit von Generationen erheblich höhere Werte rechtmäßig erworben hatten, als die zumeist besitzarmen Saisonarbeiter, die bereits im Februar wieder an ihre Arbeitsstätten zurückkehren können. Von einem „vollständigen Ruin" kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil die deutsche Regierung jeden Verschleuderungsschaden voll ersetzt, wovon wir im umgekehrten Falle, bei der Ausweisung von Deutschen aus Polen, nichts gehört haben. So ist der Antrag auf Entschädigung der Saisonarbeiter völlig zwecklos. Daß man außer dieser Entschädigung noch Repressalien verlangt, ist eine eigenartige politische Taktik, für die sich in der Geschichte wohl kaum ein Vorbild findet.

Die Erzählungen der Märchentante Sokolnicka über die deutschen politischen Verbände, die Spionage und Verrat treiben sollen, von einer geheimen Preußischen Regierung in Westpolen, welche die Sicherheit der Westgrenzen bedroht (gab es auch vor Versailles an dieser Grenze eine geschlossene deutsche Bevölkerung?), sind nachgerade nur noch pathologisch zu werten. Seit Jahren wurden diese Legenden im Volke verbreitet; es vergeht kein Monat, in dem die deutschfeindliche Presse die alten und neuen Verleumdungen nicht wieder auffrischt. Noch immer jedoch ist man uns trotz aller Haussuchungen den Beweis für diese Behauptungen schuldig geblieben. Man wird diesen Beweis niemals führen können, weil selten ein Stamm so ängstlich auf die Erfüllung seiner dem Staate gegenüber schuldigen Pflichten bedacht ist, als die deutsche Minderheit in Polen, mit Einschluß der Reichsdeutschen, die unter uns wohnen.

Der Antrag Malinowski endlich, den wir vor kurzem im Wortlaut wiedergegeben haben, zeigt den wahren Grund der von den Antragstellern geforderten Endeutschungspolitik. Man will den Deutschen, die auf Einladung verständiger polnischer Herren seit Jahrhunderten dieses Land in einen blühenden Garten verwandelt haben, ihre Güter nehmen.

Darf man sich angesichts dieser Vorgänge darüber wundern, daß die deutsche Minderheit in Polen bei dem hohen Garanten des von Polen unterschriebenen Minderheitenschutzvertrages, dem Völkerbundrat in Genf, ihr Recht vertritt?

Wir appellieren an alle edlen Regungen der polnischen Volksseele, daß sie sich nicht mit Schuld belaste, die in Zukunft nicht vergessen wird. Wir appellieren an unsere Regierung, die bemüht ist, durch die Verhandlungen in Genf und Warschau einen Ausgleich über die zur Debatte stehenden Fragen zu erzielen. Wir berufen uns wieder und immer wieder auf unsere Politik der Wahrheit und Gerechtigkeit, und richten uns auf an der Erkenntnis ihres ewigen Sinns.

*

Der Prediger Salomo, der ein weltweiser Mann war, und die Narren unter den Völkern erkannte, schreibt folgende Sätze, die durch Jahrtausende ihren Wert behielten:

„Ich sah an aller Tun, das unter der Sonne geschieht und siehe, es war alles eitel. Der Wind gehet gegen Mittag und kommt herum zur Mitternacht und wieder herum an den Ort, da er anfing. Alle Wasser laufen ins Meer, doch wird das Meer nicht voller, an den Ort, da sie herfließen, fließen sie wieder hin.

Und mich verdroß alle meine Arbeit, die ich unter der Sonne hatte, daß ich dieselbe einem Menschen lassen müßte, der nach mir sein sollte. Denn es muß ein Mensch, der seine Arbeit mit Weisheit, Vernunft und Geschicklichkeit getan hat, einem anderen zum Erbteil lassen, der nicht daran gearbeitet hat. Das ist ein groß Unglück.

Ich habe auch diese Weisheit gesehen unter der Sonne, die mich groß deuchte: daß eine kleine Stadt war und wenig Leute darinnen und kam ein großer König und belegte sie und baute große Bollwerke darum, und ward darin gefunden ein armer weiser Mann, der dieselbe Stadt durch seine Weisheit konnte erretten; und kein Mensch gedachte des armen Mannes. Da sprach ich: Weisheit ist ja besser, denn Stärke und Harnisch, aber die schädlichen Fliegen verderben gute Salben.

Da dachte ich in meinem Herzen: Gott muß richten die Gerechten und Gottlosen, denn es hat alles Vornehmen seine Zeit und alle Werke. Was er tun will, das muß werden, denn er trachtet und jagt ihm nach. Und Gott wird alle Werke vor Gericht bringen, sie seien gut oder böse. Dem Menschen, der ihm gefällt, gibt er Weisheit, Vernunft und Freude, aber dem Sünder gibt er Unglück, daß er sammle und häufe, und es doch dem gegeben werde, der Gott gefällt. —

Entdeutschungspolitik.

Ein dunkler Tag in der Geschichte des Sejm.

Warschau, 21. Februar. (PAT.) Nach Abbruch der Diskussion über das Mieterschutzgesetz beschäftigte sich gestern der Sejm mit zwei Dringlichkeitsanträgen, die die Ausweisung polnischer Arbeiter aus Deutschland zum Gegenstande hatten. In der Begründung des ersten Antrages sagte der Abg. Brzeziński (Nat. Arbeiterpartei) u. a.:

Hunderttausende (?) von polnischen Arbeitern werden unter Umständen vertrieben, die sie dem vollständigen Ruin (?) entgegenführen. Es handelt sich um Saisonarbeiter, die einstmals im Jahre 1914 unter den preußischen Bajonetten (?) zu Feldarbeiten herangezogen wurden. Im Laufe der Zeit gelang es ihnen, gewisse Werte anzusammeln, Besitzungen, Werkstätten oder Möbel zu kaufen, und heute nimmt man ihnen die Möglichkeit, Nutzen zu ziehen, was sie erworben haben. Wir stellen zwei Anträge. Der erste fordert die Regierung auf, auf diplomatischem Wege von der deutschen Reichsregierung zu verlangen, daß sie die Vertreibung polnischer Arbeiter einstelle und für die Geschädigten Ersatz leiste. Der zweite appelliert an die Regierung, Vergeltungsmaßnahmen gegenüber Staatsangehörigen des Deutschen Reiches zu treffen, die im polnischen Staate wohnen.

Abg. Piotrowski (P. P. S.) erklärte, daß sein Klub gegen Vergeltungsmaßnahmen ist.

Für die Dringlichkeit des Antrages sprach sich eine bedeutende Mehrheit aus. Der Antrag wurde der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Frau Sokolnicka (Nationaler Volksverband) betraf die Entfernung von lästigen und für den polnischen Staat sowie seine Bürger schädlichen Ausländern. Die Antragstellerin sagte: Verderbliche Folgen zeitigt der Umstand, daß infolge der Intervention Deutschlands die von der polnischen Regierung gegenüber den Deutschen, die nicht das polnische Staatsbürgerrecht besitzen, als Vergeltung für die Vertreibung von Polen aus Deutschland in Anwendung gebrachte Retorsion aufgeschoben wurde. Die polnische Bevölkerung in Deutschland ist einer weiteren Inszenierung der Verfolgung, wenn auch in einer anderen Form, von seiten der übermütig gewordenen Deutschen straflos ausgesetzt. Die Deutschen reagieren nicht auf moralische Beweggründe, sondern nur auf ein Auftrumpfen mit der Faust. In den Westgebieten sind deutsche politische Verbände tätig, die von Berlin durch Leute und Geld unterstützt werden. Längs der Grenze wohnt eine geschlossene deutsche Bevölkerung, eine Avantgarde der deutschen Armee, die nicht einmal das polnische Staatsbürgerrecht besitzt; sie bildet einen Boden für Spionage und Verrat. Aus diesem Grunde stellen wir den Antrag, die Regierung zu ersuchen:

1. daß sie unverzüglich die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen, die lediglich zum Zwecke haben, daß Deutschland die an den polnischen Bürgern verübten Gewaltakte fortsetzen kann, abbricht;
2. daß sofort gegenüber den Deutschen, die nicht das polnische Staatsbürgerrecht besitzen, Retorsionen in Anwendung gebracht werden;
3. daß die Retorsionen schleunigst und unwiderruflich durchgeführt werden. (Bravorufe.)

Die Dringlichkeit wurde angenommen, und der Antrag wurde der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen.

Abg. Malinowski (Wyzwolenie) begründete seinen Dringlichkeitsantrag über die Übernahme deutscher Genossenschaften im preußischen Teilgebiet durch die Regierung und die Liquidation deutscher Güter. Die Dringlichkeit wurde beschlossen, und der Antrag ging an die Kommission für Landwirtschaft.

Kulturkampf!

Der „Kurjer Poznanski" gegen die evangelische Kirche.

Das „Evangelische Kirchenblatt für Polen" schreibt in seiner eben erschienenen Nummer 5:

Der „Kurjer Poznanski" richtet in seiner Nummer 33 vom 9. d. M. wieder einmal seine Angriffe gegen den Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Auch in manchen Kreisen unserer Kirche bestehen einzelne Bedenken gegenüber dem „Weltbund"; aber wenn der „Kurjer" fortgesetzt gegen diese internationale Organisation Sturm läuft, dann werden auch diese sich vielleicht noch mit dem Weltbund befreunden! Leider reicht die Sachkenntnis des „Kurjer" nicht weit. So behauptet er, der Weltbund sei erst nach dem Kriege neu geschaffen worden, während die Gründung bekanntlich bereits vor dem Kriege erfolgte. Auch weiß der „Kurjer" nicht, daß in der Landesvereinigung Polen des Weltbundes auch die lutherische Kirche Kongreßpolens vertreten ist und der Vorsitz satzungsgemäß zwischen Posen und Warschau wechselt, daß also die polnisch geführte Warschauer evangelische Kirche denselben Einfluß und dieselbe Verantwortung für die Landesvereinigung Polen des Weltbundes hat, ebenso wie in Kattowitz auch deutsche und polnische Predigten gehalten wurden und auch Generalsuperintendent Bursche **einen öffentlichen Vortrag gehalten hat.**

Mark und Dollar am 22. Februar

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

1 Dollar — 9 446 240 p. M.
1 Dollar — 4,2 Billionen d. M.
1 Million p. M. = 0,63 Gulden

Warschauer Börse

1 Dollar — 9 300 000 p. M.
1 Danz. Gulden — 1 559 000 p. M.

Trotz — oder vielleicht gerade wegen — dieser Unkenntnis ergeht sich der „Kurjer" in allerlei unberechtigten Ausfällen gegen die Person unseres Generalsuperintendenten D. Blau, den er ebenso wie den friedliebenden Dr. Zöckler in Stanislau als den ärgsten „Polenfresser" bezeichnet. Jeder von uns weiß, daß hinter Generalsuperintendent D. Blau in unbedingtem Vertrauen nicht nur alle Gemeinden der unierten evangelischen Kirche in Polen stehen, sondern daß er auch den weitesten Kreisen des evangelischen Auslandes — von Schweden bis Amerika — durch seine Friedensliebe und seine Abneigung gegen alle Politik als eine durchaus milde, rein religiös gerichtete Persönlichkeit bekannt ist. Wann wäre je auch nur ein Geistlicher wegen seiner polenfreundlichen Gesinnung beseitigt oder durch einen Polenfeind ersetzt? Wann die Anstellung polnisch sprechender Pastoren verboten worden? Weiß der „Kurjer" nicht, daß in den polnisch sprechenden Gemeinden unserer Kirche von jeher und heute noch polnische Gottesdienste gehalten werden?

Geradezu lächerlich ist es, wenn dem Generalsuperintendenten als Beweis seiner Polenfresserei vorgehalten wird, daß er bei Einweihung der Schloßkirche 1913 (!!) den engen Zusammenhang zwischen der evangelischen Kirche und dem Hohenzollernhaus und die Pflege deutscher vaterländischer Gesinnung durch die Kirche konstatiert hat. Sollte etwa in einem damals deutschen Gebiet die Kirche deutschfeindliche Gesinnung pflegen? Darum wird der „Kurjer" für seine Hetzereien bei einsichtigen Menschen nicht viel Gegenliebe finden, zumal er seine Angriffe anknüpft an die von D. Blau in Kattowitz ausgesprochene Forderung, daß die Kirchen sich kräftig gegen alle Bestrebungen wehren müßten, die aus der Kirche ein Werkzeug der politischen oder sprachlichen Propaganda machen wollen; vielmehr müsse jede Kirche auch ihre sprachlichen Minderheiten in ihrer Muttersprache seelsorgerlich zu bedienen suchen; das heißt also: **Politik gehört nicht in die Kirche.** Mit Leuten, die einen solchen allgemein anerkannten Satz zum Anlaß chauvinistischer Ausfälle nehmen, ist eben nicht zu streiten, noch viel weniger kann man sich mit ihnen verständigen. Dann soll man aber wenigstens aufhören, von der „traditionellen Toleranz" zu reden, sondern der „Kurjer" soll offen sagen, ob er einen **Kulturkampf** will oder nicht.

Die Sejm-Klubs und die Regierung.

Warschau, 22. Februar. Der Parlamentarische Klub des Nationalen Volksverbandes (Z. L. N.) erklärt auf Grund einer Diskussion am 20. d. M. über die finanzielle und politische Lage und angesichts der Berufung einer ausgesprochen politischen Persönlichkeit auf den Posten des Kriegsministers, daß

1. die heutige Regierung die Ausführung wichtiger Aufgaben, die durch die vorige Regierung begonnen worden sind — Sanierung des Staatsschatzes — übernommen hat, was die wesentliche Aufgabe dieser Regierung ist. Der Klub verlangt eine vollständige Unparteilichkeit in parteipolitischen Angelegenheiten.

2. Die schwankende Haltung der Regierungsvertreter in den Sejmkommissionen, speziell in der Finanzkommission, erweckt die Befürchtung, daß die Regierung unter dem Einfluß parteipolitischer Forderungen nicht energisch genug die Grundsätze rücksichtsloser Sparsamkeit und Neutralität wahrt, was die Hauptgrundlage, auf die sich die Regierung stützt, erschüttern könnte.

3. Die Berufung von Personen, die in dem Parteikampf stark engagiert sind, auf führende Stellen muß das Vertrauen der Allgemeinheit untergraben, das für die Sanierung des Staatsschatzes unerläßlich ist, und muß gleichzeitig Einfluß üben auf den Standpunkt des Nationalen Volksverbandes gegenüber der Regierung, der er Unterstützung gewährt, um ihr die Erfüllung der wichtigsten Aufgaben der jetzigen Zeit, nämlich der Finanz- und Münzreform, zu erleichtern.

Der Parlamentarische Klub Z. L. N. ist durch das Verhalten der Regierung beunruhigt und beauftragt das Präsidium, von der Regierung Erklärungen zu fordern und davon das weitere politische Verhalten des Klubs gegenüber der Regierung abhängig zu machen.

Die Piasten gegen Sikorski.

Warschau, 22. Februar. Am Mittwoch fand eine Sitzung des Sejmklubs der Polnischen Volkspartei (Piast) statt. In der Sitzung berieten die Abgeordneten über die jetzige Stellung der Partei zu der Regierung. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Polnische Volkspartei (Piast), die zwar in der gegenwärtigen Regierung nicht vertreten ist, unterstützt trotzdem die Regierung, da sie ihre Finanzmaßnahmen gutheißt. Nichtsdestoweniger spricht sich die Partei der PSL. (Piast) gegen die Ernennung des Generals Sikorski zum Kriegsminister aus, denn der General Sikorski ist heute eine ausgesprochen im Parteileben stehende Persönlichkeit, und es ist daher anzunehmen, daß er innerhalb der Armee eine politische Propaganda treiben wird."

Im Gegensatz zu dieser Resolution steht der bereits gestern mitgeteilte Aufruf des neuen Kriegsministers an die Armee.

Schule und Religion.

4500 deutsche evangelische Kinder ohne Religionsunterricht!

Nach einer kirchlichen Statistik waren am 1. September 1923 im preußischen Teilgebiet 4500 evangelische Volksschulkinder ohne Religionsunterricht. Anfang dieses Jahres sind dem deutschen Zentralsejmbureau in Bromberg (Bydgoszcz) viele Mitteilungen über die Nichtversorgung evangelischer Kinder mit Religionsunterricht zugegangen. Als Beispiele mögen nur folgende Fälle dienen: Keinen evangelischen Religionsunterricht haben die evangelischen Kinder in folgenden Ortschaften: Krag, pow. Starogard, 28 Kinder, Sumin, pow. Starograd, 25 Kinder, Semlinek, pow. Starogard, 22 Kinder, Lichtenthal, pow. Gniew, 29 Kinder, Korzenkowo, pow. Bydgoszcz, 12 Kinder, Nogath, pow. Grudziądz, 53 Kinder, Neubrück, pow. Grudziądz, 54 Kinder, Jakobkowo, pow. Grudziądz, 43 Kinder, Schönwalde, pow. Grudziądz, 17 Kinder. Im Kreise Konitz sind insgesamt 64 evangelische Kinder ohne Religiosunterricht.

Dieser wenig erbauliche Zustand legt es nahe, einmal zu untersuchen, wem die Pflicht zur ordnungsmäßigen Versorgung der evangelischen Kinder mit Religionsunterricht obliegt. Der moderne Staat hat seinen Bürgern die allgemeine Schulpflicht auferlegt. Der polnische Staat tut das in den Artikeln 94 und 118 der Verfassung vom 17. März 1921. Art. 94 heißt: „Die Bürger haben die Pflicht, ihre Kinder zu rechten Bürgern des Vaterlandes zu erziehen und ihnen zum mindesten die Elementarbildung angedeihen zu lassen." Und Art. 118 lautet: „Im Rahmen der allgemeinen Schule (Volksschule) ist der Unterricht obligatorisch für alle Staatsbürger. Zeit, Umfang und Ort dieser Schulpflicht bestimmt das Gesetz." Der Staat setzt in der Pflichtschule auch die Pflichtfächer fest. Zu den Pflichtfächern in unseren Schulen gehört auch Religion. Das ist sogar in der Verfassung festgelegt, wo es in Art. 120 heißt: „In jeder Lehranstalt, deren Lehrplan die Ausbildung der Jugend unter 18 Jahren umfaßt, und die ganz oder teilweise durch den Staat oder Selbstverwaltungskörper unterhalten wird, ist der Religionsunterricht für alle Schüler obligatorisch." Die Eltern, deren Kinder die Pflichtschule mit den Pflichtfächern versäumen, werden mit Polizeistrafen (Schulversäumnisstrafen) belegt. Nun ist nach dieser Feststellung folgendes ganz klar: Wenn der Staat allen seinen Bürgern eine Pflichtschule mit Pflichtfächern und Pflichtversäumnisstrafen auferlegt, so hat der Staat seinerseits die Pflicht, für ordnungsgemäßen Betrieb der Pflichtschule und ordnungsgemäße Erteilung der Pflichtfächer zu sorgen. Und da auch der Religionsunterricht vom Staate für alle Kinder als obligatorisches Fach festgelegt ist, so hat der Staat dafür zu sorgen, daß der Religionsunterricht an alle Kinder ordnungsgemäß erteilt wird.

Es ist besonderer Wert darauf zu legen, daß die Verfassung den Religionsunterricht für alle Kinder obligatorisch festlegt. Wenn es späterem Gesetz überlassen ist, Zeit, Umfang und Art dieses Unterrichts, wie überhaupt der allgemeinen Schulpflicht zu umschreiben, so kann solches Gesetz aber nie über dieses „Alle" im Staatsgrundgesetz hinweg. Es kann kein Gesetz und keine Verfügung geben, die einen Teil der Kinder aus irgend einem Grunde vom Religionsunterricht ausschließt, oder den Staat seiner Verpflichtung zur Erteilung des Religionsunterrichts an einen Teil der Kinder mit irgend einer Begründung enthebt. Vor allen Dingen kann irgend eine Zahl von irgendwo vorhandenen Volksschulkindern kein Bestimmungsfaktor für eine etwaige Entbindung des Staates von seiner Verpflichtung zur Erteilung des Religionsunterrichts sein.

Nun hat der Herr Unterrichtsminister auf eine Anfrage des Abgeordneten Graebe vom 12. September 1923 eine Antwort gegeben, in der es u. a. heißt: „Die Zahl der Lehrer evangelischen Bekenntnisses ist völlig ausreichend, und den Schulbehörden ist kein Fall zur Kenntnis gegeben worden, daß Kinder evang. Bekenntnisses keinen Religionsunterricht hätten, wo ihre Zahl die vorgeschriebene Höhe von 12 erreicht." Wir verweisen auf das eingangs angegebene Material und wollen uns hier nur mit der Zahl 12 beschäftigen. Vorhin wurde ausgeführt, daß es gar kein Gesetz geben kann, das die Verpflichtung des Staates, an alle Kinder Religionsunterricht zu erteilen, aufhebt. Ein solches Gesetz wäre verfassungswidrig. In der Tat gibt es auch keins. Was hat denn aber wohl der Herr Minister gemeint? Vielleicht einen Passus aus dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922. Dort heißt es in Absatz 2 des Art. 107: „Gehören wenigstens 12 dieser Schüler (Minderheitsschüler) derselben Konfession oder Religion an, so haben sie auf Antrag Minderheitsreligionsunterricht zu erhalten." Aber die Bestimmung hat für uns keine Bedeutung.

Es ist aber auch möglich, daß der Herr Minister alte preußische Verfügungen meint. Darin ist allerdings in bezug auf Minderheitenreligionsunterricht die Zahl 12 genannt. Wir wollen uns diese Verfügungen näher ansehen. Durch Verfügung des preußischen Kultusministers vom 1. Juli 1890 war bestimmt worden, daß wöchentlich 2 mal 2 Stunden Religionsunterricht erteilt werden müsse in all den Fällen, wo die auf eine Unterrichtsstation vereinigte konfessionelle Minderheit die Zahl von 18 Kindern erreicht oder überschreitet. Wo weniger Kinder waren, mußten wöchentlich 1 mal 2 Stunden erteilt werden. In mehreren Verfügungen ist den unteren Behörden immer wieder eingeprägt worden, den konfessionellen Minderheitsunterricht unter keinen Umständen zu vernachlässigen. Dann wurde vom preußischen Kultusminister am 1. August 1902 folgende Verfügung erlassen (U. III. A. 2224 Wasdow III. 218):

„Wenn bei einer Unterrichtsstation die Zahl der Schulkinder unter 12 herabgeht und vorauszusehen ist, daß sie sich dauernd auf diesem niedrigen Stande erhalten wird, findet es kein Bedenken, die Erteilung des Religionsunterrichts auf Kosten der Staatskasse bzw. unter Gewährung staatlicher Beihilfen einzustellen und es den betreffenden Kirchengemeinden zu überlassen, eventl. für die Fortsetzung des Unterrichts unter Bereitstellung kirchlicher Mittel Sorge zu tragen. Ich mache aber der Königlichen Regierung zur Pflicht, bei der Aufhebung von Unterrichtsstationen möglichst schonend zu verfahren und von dieser Maßnahme jedenfalls überall da abzusehen, wo ein Steigen der Zahl der Schulkinder auf 12 bzw. über 12 hinaus für die Zukunft zu erwarten steht, oder wo eine entsprechende Vermehrung der Schülerzahl durch Zuweisung der Minderheiten aus anderen benachbarten Schulen oder durch Vereinigung zweier oder mehrerer Unterrichtsstationen zu einer Station möglich ist."

Das ist vielleicht die Verfügung, aus der unser Herr Unterrichtsminister die „vorgeschriebene" Zahl 12 herleitet. Darum wird es nötig, diese Verfügung etwas genauer anzusehen. Durch diese Verfügung hat der preußische Staat seine grundsätzliche Verpflichtung zur Versorgung der Minderheitskinder mit Religionsunterricht keineswegs bestreiten wollen, obwohl in seinem Staatsgrundgesetz meines Wissens eine diesbezügliche Verpflichtung nicht besonders festgelegt war, wie in unserer Verfassung. Der preußische Staat trat nur in gewissen, in der Verfügung bezeichneten Fällen diese Verpflichtung an die Kirche ab. Im übrigen ist das, was über die abwartende Haltung, über Zuweisung von benachbarten Kindern und die Zusammenlegung zweier „Stationen" gesagt ist, so tolerant und entgegenkommend, daß man wünschen könnte, religiöse Minderheiten würden überall in der Welt in diesem Geiste behandelt.

Mir ist keine polnische Verfügung bekannt, in der der polnische Staat in gewissen Fällen (also etwa wenn nur 12 Kinder auf einer Religionsstation vorhanden sind), seine Verpflichtung zur religionsunterrichtlichen Versorgung der Kirche überträgt. Wie es in der Praxis mit dem Entgegenkommen der Schulbehörden gegen die Kirche bestellt ist, wenn diese in Einzelfällen die religionsunterrichtliche Versorgung übernehmen will, werden die Herren Geistlichen am besten wissen. Ich mag mich auch darüber nicht weiter verbreiten. Das eine kann ich nur sagen, daß im Sejmbüro manche Klagen über Bereitung von Schwierigkeiten und über Verbote der Erteilung evangelischen Religionsunterrichts durch Geistliche eingelaufen sind. Und wie es mit dem Willen, zwei Religionsstationen zusammenzulegen bestellt ist, will ich nur an zwei Beispielen beleuchten. Erstens: In Simkowo, pow. Świecie, müssen 32 evangelisch-deutsche Kinder in die polnische Schule gehen. In dem 1½ Kilometer entfernten Dorfe Branka geht es 5, und in dem ebenfalls 1½ Kilometer entfernten Lubochic 9 evangelisch-deutschen Kindern ebenso. In allen drei Orten haben diese Kinder keinen evangelischen Religionsunterricht. Könnte man diese 46 evangelisch-deuschten Kinder, wenn nicht zu einer deutschen Minderheitsschule in Simkowo, so doch wenigstens zu einer evangelischen Religionsstation zusammenlegen? Zweitens: In Jesiorki, pow. Świecie, sind 30, in Karolewo 21, in Blądzimin 5 evangelisch-deutsche Kinder in die polnische Ortsschule eingeschult. Karolewo ist 1 Kilometer, Blądzimin 3 Kilometer von Jesiorki entfernt. Auch diese 46 Kinder der drei dicht beieinander liegenden Ortschaften haben keinen evangelischen Religionsunterricht. Ich stelle dieselbe Frage wie im ersten Falle. Sollten die Schulbehörden sich tatsächlich noch auf die preußische Verfügung vom 1. August 1902 stützen, so darf die deutsche Minderheit wohl ganz bescheiden bitten, daß man sich weniger an die tote Zahl 12 halte, als an den lebendigen wohlmeinenden Sinn.

Als Resultat der Betrachtung ist festzustellen: Der Staat hat die Verpflichtung, für die religiöse Unterweisung aller, also auch der evangelischen Minderheitskinder, zu sorgen. Will sich der Staat dieser Verpflichtung unter gewissen Umständen entledigen, so muß er sie einer andern Konstitution, am besten der evangelischen Kirche übertragen. Eine solche Übertragung ist bis jetzt nicht geschehen, also besteht die ungeschmälerte Pflicht des Staates. Die Ausführungspraxis der Schulbehörden weist erhebliche Lücken auf.

Zum Schluß will ich noch zwei preußische Verfügungen hinsetzen, welche dartun, **wie die Schulabteilungen der preußischen Regierung** (die dieselben Funktionen hatten, wie die heutigen Koratorien) **die Versorgung der Minderheitskinder mit Religionsunterricht auffaßten.** Am 29. Mai 1889 richtete die Kgl. Regierung zu Bromberg an sämtliche Kreisschulinspektoren folgenden Runderlaß (Nr. 1588 U. II. Waschow I. S. 510):

„Noch immer erhalten in vielen Schulen unseres Bezirkes die sogenannten konfessionellen Minderheiten nicht den ihnen gebührenden konfessionellen Religionsunterricht. Diesem Übelstande nach Möglichkeit abzuhelfen, haben die Herren Kreisschulinspektoren als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten, und wir machen Sie hiermit dafür verantwortlich, daß kein Schulkind in Ihrem Aufsichtsbezirke ohne triftigen Grund des regelmäßigen, schulplanmäßigen, konfessionellen Religionsunterrichtes fernerhin entbehre.

Euer Hochwohlgeboren wollen deshalb die Verhältnisse der Ihnen unterstellten Schulen nach dieser Richtung einer sorgfältigen Prüfung unterziehen und sich die Versorgung der konfessionellen Minderheiten mit dem erforderlichen Religionsunterrichte unter Beachtung der folgenden Gesichtspunkte angelegen sein lassen.

In erster Linie ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die Kinder der konfessionellen Minderheit ihren Religionsunterricht in der eigenen Schule von einem benachbarten Lehrer ihrer Konfession erhalten. Erscheint dies aus triftigen Gründen (geringe Kinderzahl, Mangel an Geldmitteln, Mangel eines geeigneten Lehrers) nicht ausführbar, so ist zu prüfen, ob die betreffenden Kinder an dem Religionsunterrichte ihrer Konfession in einer benachbarten Schule teilnehmen oder zum Zweck einer Neueinrichtung dieser Art mit Kindern aus anderen Schulen vereinigt werden können. In solchen Fällen kann es sich unter Umständen empfehlen, den Unterricht nicht an einem Schulorte, sondern an einem anderen günstig gelegenen Orte erteilen zu lassen, sofern ein geeigneter Unterrichtsraum von einer beteiligten Familie zur Verfügung gestellt wird oder sich anderwärts beschaffen läßt.

In anderen Fällen wird die Umschulung der des konfessionellen Relionsunterrichts entbehrenden Kinder in eine benachbarte Schule ihrer Konfession behufs Teilnahme an dem gesamten Unterricht ins Auge zu fassen sein."

Am 14. Januar 1903 gab die Bromberger Regierung an alle Kreisschulinspektoren folgende Verfügung heraus. (Nr. 254. T. U. D. II. Waschow S. 218):

„Indem wir es den Herren Kreisschulinspektoren zur Pflicht machen, sich diesen Unterricht (religiösen Unterricht an die Minderheitskinder) genau so wie jeden anderen angelegen sein zu lassen, bemerken wir, daß wir in Zukunft, bei minderwertigen Leistungen in dem fraglichen Unterrichte, nicht bloß den Lehrer, sondern auch den betr. Schulaufsichtsbeamten zur Verantwortung ziehen lassen werden."

Diese Verfügungen sind sehr nachachtenswert.

Paul Dobbermann.

Das Mieterschutzgesetz im Plenum des Sejm.

Warschau, 21. Februar. (PAT.) In der heutigen Sitzung beschäftigte sich der Sejm fast ausschließlich mit dem Mieterschutzgesetz. Es wurde von den verschiedenen Klubs eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, von denen folgende erwähnt seien:

Abg. Sommerstein vom Jüdischen Klub beantragt u. a. zwei Resolutionen. 1. die Regierung wird aufgefordert, die Grundsätze der Sparpolitik auch auf die von der Regierung innegehabten Mieträume anzuwenden und die von ihr in Miethäusern innegehabten überflüssigen Räume für den Gebrauch der Bevölkerung zurückzugeben; 2. der Sejm fordert die Regierung auf, in Zukunft, abgesehen von dringlichen Fällen, Miethäuser für den eigenen Bedarf in Zukunft nicht mehr zu erwerben, sondern mit Rücksicht auf den Wohnungshunger und auf die dem Staate obliegende Pflicht der Belebung des Baugewerbes nach Möglichkeit eigene Häuser zu bauen.

Abg. Kuzak (P. P. S.) spricht zu Art. 3, worin der freie Vertrag festgelegt wird. Durch freie Verträge würde der Mieterschutz beseitigt, da sie im Falle des Verzuges mit der Miete zur Exmission führen würden. Ein Moratorium für die Arbeitslosen ist nicht ausreichend, da bei der jetzigen Einschränkung der Arbeit zahlreiche Arbeiter nur zwei Tage in der Woche arbeiten, und kein Gericht dies berücksichtigen würde, wenn ein solcher Arbeiter die Miete nicht bezahlte. Der Redner beantragt die Streichung des ganzen Artikels und wenn dies abgelehnt werden sollte, beantragt er, daß bei den freien Verträgen die Miete den doppelten Betrag der gesetzlichen Miete nicht übersteigen dürfe.

Abg. Sommerstein beantragt die Streichung des Absatzes betreffend die freien Mietverträge. Die Frage der freien Verträge ist um so wichtiger, als in Art. 12 die Heraussetzung des Mieters wegen Verzugs mit der Mietzahlung zugelassen ist. Redner schlägt eine weitere Abänderung dahin vor, daß den Mietern das Recht zustehen soll, sich an das Gericht oder an das Schiedsgericht zu wenden, das im Falle der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Mieters die Miete ermäßigen oder die gesetzliche Norm festsetzen soll. Im übrigen schlägt Redner vor, die freien Verträge auf drei Jahre zu begrenzen.

Abg. Sliwinski beantragt die Einschränkung zu streichen, wonach die freien Verträge nur bezüglich der Wohnungen über vier Zimmer zulässig sind, und wenn dies nicht angenommen werden sollte, beantragt er, die Ziffer 4 durch die Ziffer 3 zu ersetzen (d. h. daß freie Verträge schon bei Wohnungen über drei Zimmer zulässig sein sollen).

Abg. Proszynski beantragt eine Abänderung für Art. 2, das dem Gesetze auch Plätze nicht unterliegen. Zu Art. 3 betreffs der freien Verträge beantragt Redner, freie Verträge auch zwischen Mietern und Untermietern zuzulassen.

Abg. Lypacewicz ist für die Streichung des Art. 3. Wenn jedoch dieser Antrag verworfen werden sollte, beantragte er eine Abänderung folgenden Inhalts: Wenn aber der Mieter vorwiegend von seiner Arbeit, vom Gehalt resp. Ruhegehalt lebt, darf die durch freien Vertrag festgesetzte Miete einschließlich der Nebengebühren 10 Prozent seines Gehaltes nicht überschreiten.

Abg. Perl (P. P. S.): Unsere Partei ist der Ansicht, daß der Mieterschutz nicht ein Ausnahmerecht, sondern die Norm sein soll, da er grundsätzlich so notwendig ist, wie der Arbeiterschutz. Weiter sagt der Redner, daß mit dem Augenblick, wo die freie Vereinbarung zugelassen ist, es einen Mieterschutz nicht mehr geben werde.

Darauf wurde die Diskussion geschlossen.

Aenderung des Gesetzes über die Gewerbesteuer.

Warschau, 21. Februar. (PAT.) Der Minister faßte in seiner letzten Sitzung den Beschluß, dem Sejm ein Projekt über die Änderung des Gesetzes betreffend die staatliche Gewerbesteuer, sowie des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Finanzen der Kommunen vorzulegen. Bis jetzt unterliegen nicht der staatlichen Gewerbesteuer sämtliche Unternehmungen, die vom Staat auf Grund der Obrigkeitsrechte, der Monopolrechte oder ausschließlich für Bedürfnisse der Staatsverwaltung geführt werden; ferner die staatlichen Eisenbahnen mit ihren sämtlichen Einrichtungen, kinematographische Anstalten, die von staatlichen Institutionen geführt werden, und endlich staatliche Theater, soweit sie nicht verpachtet sind. Da bisher die Kommunalverbände nur die Unternehmungen besteuern durften, die der staatlichen Gewerbesteuer unterliegen, so hätten nach dem ursprünglichen Regierungsplan die erwähnten staatlichen Unternehmungen von der kommunalen Besteuerung befreit werden müssen. Der Sejm hat jedoch beschlossen, daß diese Unternehmungen der Besteuerung zugunsten der Kommunalverbände unterliegen sollen. Auf diese Weise müßte der Staatsschatz den Kommunalverbänden eine Steuer in Höhe von ½ Prozent vom Umsatz zahlen, der für das Jahr 1924 etwa 4 310 000 Goldfrank beträgt, was nach dem heutigen Kurs über acht Billionen Mark ausmacht. Eine solche Ausgabe könnte der Staat im gegenwärtigen Augenblick der Finanzsanierung nicht ertragen, und da er für eine derart riesige Ausgabe keine Deckung hat, wurde sie auch nicht in das diesjährige Budget aufgenommen. Es ergab sich also die Notwendigkeit, entsprechende Änderungen in den bisherigen Gesetzen einzuführen.

Der Entwurf des Ministeriums läßt indessen die Bestimmungen über die kommunale Besteuerung der staatlichen kinematographischen Unternehmungen und der staatlichen Theater unverändert, ferner sämtlicher staatlichen Kreditanstalten, die mit Rücksicht auf den bedeutenden Umsatz den Kommunalverbänden große Einkünfte aus den Zuschlägen zur staatlichen Gewerbesteuer bringen müßten. Andererseits unterliegen kommunale Sparkassen nicht der staatlichen Besteuerung, andere kommunale Unternehmungen aber können hiervon befreit werden. Die Kommunalverbände genießen diese Befreiungen in bedeutendem Umfange. Infolge des Verlustes, den die Kommunalverbände erleiden, hat der Staat für die Kommunalverwaltungen eine Kompensation dadurch geschaffen, daß die Abzüge von den Summen, die als Kommunalzuschlag zu den Gewerbepatenten entrichtet wurden, nicht mehr stattfinden sollen. Der finanzielle Effekt dieser Verordnung des Präsidenten der Republik beträgt für die Kommunalverbände etwa 4 000 000 Goldfranks, d. h. etwa 7½ Billionen Mark. Außerdem wird durch die Einführung eines Wegegesetzes und die Erhebung einer ganzen Reihe von Abgaben zur Deckung der Ausgaben zum Bau und zur Unterhaltung von öffentlichen Kommunalwegen die Möglichkeit zur Deckung der Ausgaben gegeben, die fast die Hälfte des kommunalen Budgetbedarfs ausmacht. Die Selbstverwaltungskörperschaften werden im Zusammenhange mit den Reformen ihrerseits, dem Beispiel des Staates und der Allgemeinheit folgend, die weitgehendste Sparsamkeit in ihren Ausgaben und besonders auf dem Gebiet der persönlichen und Investitionsausgaben einführen. Die vereinigten Anstrengungen aller dieser Faktoren werden zweifellos zur finanziellen Wiedergeburt des Vaterlandes beitragen.

Republik Polen.

Ein Dementi Zamoyskis.

Der Außenminister Zamoyski erklärte auf Anfragen der Senatoren Kiniorski und Posener, ob die Nachricht von der Absicht der Ernennung des Abg. Dmowski oder Kazimierz Lubomirski zum Pariser polnischen Gesandten auf Wahrheit beruhe, daß er bisher überhaupt diese Angelegenheit noch nicht erwogen habe, und daß genannte Personen als Kandidaten für diesen Posten nicht aktuell wären.

Wer wird Arbeitsminister?

Die Frage der Besetzung des Portefeuilles des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, das infolge der Abreise Darowskis nach Moskau, wo er den Gesandtenposten übernommen hat, freigeworden ist, ist bis jetzt noch nicht entschieden. Die Hauptschwierigkeiten bestehen, dem „Kurjer Poranny" zufolge, in der Unmöglichkeit, unter den um dieses Portefeuille konkurrierenden Arbeiterverbänden, besonders der Christlichen Demokratie und der Nationalen Arbeiterpartei, eine Verständigung herbeizuführen. Die Kandidaten für den Posten eines Arbeitsministers sind: der ehemalige Minister der Post und Telegraphie Tołłoczko, der Abteilungschef im Arbeitsministerium Jurkiewicz, sowie Tomaszewski.

Zurücknahme des Telephon-, Telegraphen- und Postgesetzesprojekts.

Wie wir erfahren, hat der Handelsminister das Post-, Telegraphen- und Telephongesetzesprojekt, das bereits in der Kommunikationskommission des Sejm war, zurückgezogen, um es dem Ministerrat nochmals vorzulegen.

Deutsche Rundschau.

Nr. 45.

Bromberg, Sonnabend den 23. Februar 1924.

Pommerellen.

Einstellung von Zügen.

Die polnische Eisenbahndirektion in Danzig teilt mit, daß mit Genehmigung des Eisenbahnministeriums wegen zu schwachen Personenverkehrs mit dem 22. Februar d. J. folgende Züge nicht mehr verkehren werden: Auf Strecke Karthaus—Berent die Züge 1632 und 1633, auf der Strecke Morroschin—Mewe die Züge 2253 und 2254 auf der Strecke Putzig—Rheda die Züge 3458 und 3488. Gleichzeitig wird der Verkehr der gemischten Züge Nr. 5451/5452 und 5453/5454 auf der Strecke Culmsee—Melno auf dreimal in der Woche beschränkt, und zwar auf den Dienstag, Freitag und Sonnabend. Ferner werden auf der Strecke Schmentau—Münsterwalde (Opalenie) die Züge 4151/4152 und 4153/4154 nur zweimal in der Woche, und zwar am Mittwoch und am Sonnabend, verkehren.

Ferner teilt die Eisenbahndirektion mit: Nach Beseitigung der Schneeverwehungen wird der Verkehr auf den Strecken Putzig—Krokow und Neustadt (Pommerellen)—Zamostrze mit dem 20. d. M. wieder aufgenommen.

22. Februar.

Graudenz (Grudziądz).

a. **Wandlungen im Hausbesitzerstande.** Vor etwa 50 und mehr Jahren gehörten die meisten Grundstücke und Häuser Bürgern, die sie hauptsächlich zum eigenen Bedarf benutzten und nur das, was an Raum überflüssig war, vermieteten. Erst mit dem Einsetzen der schnellen Vergrößerung der Stadt kam das eigentliche Mietshaus mehr und mehr auf. Besonders in den achtziger und neunziger Jahren, und anfangs des neuen Jahrhunderts wuchs die Zahl der neu erbauten Mietshäuser. Die Bauspekulation setzte auch ein, und es gab eine Anzahl Leute, die sich nur mit dem Bau und Verkauf von Mietshäusern befaßten. Immerhin blieb dies Geschäft, abgesehen von geringen Auswüchsen, in bescheidenen Grenzen. Infolge des Krieges und der darauffolgenden politischen Umgestaltung verschwanden diese Leute von der Bildfläche. Es kann jetzt mit vollem Recht behauptet werden, daß die meisten Grundstücke inzwischen in anderen Besitz übergegangen sind. Die Kriegswirtschaft und deren Folgezeit haben viele Leute von Haus und Hof gebracht, und es ist ein ganz neuer Hausbesitzerstand erschienen. Es sind meist Kongreßpolen oder Galizier, auch Amerikaner, die hier in Häusern ihr Geld anlegten, vielleicht auch nur spekulieren wollten. Geschäftsleute, Offiziere, Ärzte und Beamte haben zu billigen Preisen Häuser erworben, da die Vorbesitzer infolge Auswanderung oder Unrentabilität durch zu niedrige Mieten und hohe Reparaturkosten die Häuser verkaufen mußten. Die neuen Hausbesitzer wohnen vielfach irgendwo in Kongreßpolen oder Galizien und lassen ihre Grundstücke durch Hausverwalter bewirtschaften. Solch ein Hausverwalter hat oft 10 und mehr Grundstücke zu verwalten und erhält 10 Prozent der Mieten als Entlohnung. Es gibt Hausbesitzer, denen zehn und mehr Grundstücke gehören. Vielfach haben sich auch mehrere Geldleute zusammengetan und einen ganzen Komplex von zehn und mehr Grundstücken angekauft. Es ist so ein ganz neuer Hausbesitzerstand erstanden. Daß unter derartigen Verhältnissen die Stadt kaum bessere Wohnungsverhältnisse bekommen kann, läßt sich sehr gut verstehen. *

□ **Der Mittwoch-Wochenmarkt** war wieder recht gut beschickt. Nur die Butter wird auf unerklärliche Weise knapper.

Trotz des noch starken Frostes stand auch wieder eine Anzahl Fuhren mit Kartoffeln zum Verkauf. Es wurden folgende Preise erzielt: Butter 2,5—3,0, Eier 3,0, Kartoffeln 5,0—6,0, Mohrrüben 250 000, rote Rüben 150 000—200 000, Weißkohl 200 000, Rotkohl 250 000—300 000, Grünkohl 1,0, Sellerie die Knolle 500 000—1,0, Porree 300 000, Zwiebeln 500 000, Backpflaumen 1,5, gemischtes Backobst 1,4, Äpfel je nach Sorte und Qualität 600 000—800 000, Birnen 1,0. Geflügel wird knapper. Vereinzelt werden noch Gänse angeboten. Sie sind meist minderer Qualität. Man fordert 1,4. Lebende Puthähne in Federn sollen 1,2 bringen und für lebende Hühner verlangt man 4 Millionen. Der Fischmarkt war nur knapp beschickt. Edelfische fehlten ganz. Der Neunaugenfang soll wegen ungünstiger Eisverhältnisse versagen. Kleine Weißfische zum Braten wurden mit 500 000—600 000 Mark verkauft. Größere Plötze sollten 1,5 Millionen kosten. Viel angeboten werden Danziger Breitlinge. Man kauft sie schon mit 1,0 das Pfund. Es ist allerdings ältere, trockene Ware. Frische Sendungen werden in den Feinkosthandlungen wesentlich teurer verkauft. Schlachtkaninchen werden häufiger angeboten. Der Fleischmarkt ist wieder sehr gut beschickt. Eine wesentliche Preisveränderung der Fleischwaren ist nicht zu bemerken. Der Markt verlief ziemlich rege. Stark war die Nachfrage nach Butter. Da der Bedarf nicht gedeckt werden konnte, wurde bei den Händlern viel Kunstfett gekauft, das in großen Würfeln in den Handel kommt. *

□ **Von der Weichsel.** Auf der von den Eisbrechern aufgebrochenen Stromrinne schwimmt ziemlich viel Eis. Es ist ein Eisbrecher beschäftigt, die Rinne frei zu halten. Mittwoch gegen Abend arbeitete ein Eisbrecher gegen Boeslershöhe. *

A. **Die immer wieder einsetzende Kälte** belastet Hausbesitzer und Mieter außerordentlich durch Schäden an Wasserleitung und Kanalisation. In manchen Häusern hat man die Leitung schon zu wiederholten Malen in Ordnung bringen lassen und immer wieder ist sie eingefroren. Es handelt sich dabei oft nicht um unsachgemäße Anlagen, sondern um Nachlässigkeit der Mieter oder Hauswirte. Besonders solche Häuser, deren Besitzer anderwärts wohnen, weisen viele Schäden auf. Es kommt häufig vor, daß die Reparaturkosten die Miete wesentlich übersteigen. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Hotel Königl. Hof. Dienstag, den 26. 2. 24: Letztes großes Wurstessen; Eisbein und Fleck. Im Café: Prof. Dyszkewiecz. Flöten-Solist: Lejkin. (1939 *

Thorn (Toruń).

‡ **Volkshochschulvortrag.** Der Coppernicus-Verein für Wissenschaft und Kunst veranstaltet nach einer längeren Pause wiederum eine Reihe von Volkshochschulvorträgen. Sie beginnen am kommenden Montag in der Aula des Gymnasiums und werden an den fünf folgenden Montagen fortgesetzt. Professor Kleiner und Pfarrer Heuer werden über „Mystische Strömungen der Gegenwart" sprechen. **

‡ **Der Fußballsport** wird nach längerer Winterpause nunmehr am kommenden Sonntag, den 24. Februar, vom T. K. S. (Thorner Sportklub) aufgenommen. Es findet ein Gesellschaftsspiel gegen K. S. Grudziądz (Sportklub Graudenz) statt. An den folgenden vier Sonntagen werden weitere Gesellschaftsspiele gegen auswärtige Vereinigungen veranstaltet. **

‡ **Verhaftet** wurde von der Thorner Polizei ein Mann, der sich in der Stadt und im Kreise bereits seit mehreren Wochen ohne festen Wohnsitz herumtrieb und sich vermutlich an Banditenüberfällen beteiligt hat. Es steht fest, daß er an einem größeren, im Oktober v. J. verübten Raubüberfall mitbeteiligt war. **

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Der „Rosenmontag" (3. März) steht auch diesmal wieder im Zeichen eines großen Karnevalsfestes, das, wie alljährlich, vom Männergesangverein „Liederfreunde" veranstaltet wird. Das Vergnügen findet als ein „Bauernfest" in allen Räumen des Deutschen Heims statt. Es ist erwünscht, daß alle Teilnehmer in einer dem Festcharakter entsprechenden Kostümierung erscheinen (Maskenzwang!). — Vornotierungen für Eintrittskarten nur beim Kassierer Herrn Thober, Friseurgeschäft, Stary Rynek 31. (1935**

* **Dirschau (Tczew),** 21. Februar. Eine Zusammenkunft der Amts- und Gemeindevorsteher des Kreises fand hier am Dienstag vormittag in der Starostei statt. Es wurde über die Gründung der Bank Polski referiert und angeraten, daß jede Gemeinde sich an der Zeichnung der Aktien beteiligt. — Zwei jugendliche „Amerikareisende" wurden hier wieder einmal angehalten. In Danzig resp. Marienburg wurden je ein jugendlicher Bursche aus Nakel und Lublin völlig mittellos und ohne Ausweispapiere angehalten, die ihren Eltern entliefen und als blinde Passagiere bis dorthin gelangt waren, von wo sie, wie sie angaben, nach Amerika weiter wollten. Sie wurden über die Grenze nach Dirschau abgeschoben und müssen nun durch die hiesige Polizei ihren Eltern zugeführt werden, was für diese mit nicht geringen Unkosten verknüpft ist.

h. **Górzno (Kr. Strasburg),** 20. Februar. Auf dem gestrigen Wochenmarkte hatten verschiedene Marktwaren eine Preissteigerung erfahren. Butter, die am vergangenen Markttage mit 2 Millionen Mark gehandelt wurde, kostete 2,5—2,8 Millionen. Die Mandel Eier stellte sich auf 2,5—3 Millionen. Beim Geflügel war das Angebot weit größer als die Nachfrage. Es kosteten Gänse 14—16, Puten 10—16, Enten 4—6 und Hühner 2—4 Millionen, Speck 1,8, Schweinefleisch 1,2—1,5 und Wurst 1,5—1,8 Mill. — Die Nachfrage nach Getreide war gering; das Angebot stärker. Der Roggenpreis, der in voriger Woche auf 10 Mill. M. je Zentner gestiegen war, fiel gestern wieder auf 7—8 Mill. M. zurück.

\# **Neuenburg (Nowe),** 21. Februar. Wie in verschiedenen anderen Städten Pommerellens sollen auch in Neuenburg regelmäßig am Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats Familienabende zwecks Stärkung der Zusammengehörigkeit evangelischer Kreise stattfinden. Diese Abende bringen ernste und heitere Vorträge und Gesänge, auch sorgen Spiele für angenehme Unterhaltung. — Der letzte Mittwoch-Wochenmarkt verlief wiederum mit wenig Angebot innerhalb kurzer Zeit. Butter kostete 2,3 bis 2,5 Millionen M., Eier 3 bis 3,5 Mill. Mark. Auch Fische, nur Barse, waren wieder einmal erhältlich für 1 Million Mark das Pfund.

* **Neustadt** (Wejherowo), 20. Februar. Von einem tollen Hunde gebissen wurden in dem Dorf Zagorze zwei Kinder und ein Arbeiter. Die Untersuchung in Thorn hat bei dem Hunde Tollwut ergeben. Die Gebissenen sind, nach dem „Słowo Pom.", in das Pasteursche Institut in Warschau gebracht worden.

✕ **Schwetz-Neuenburger Niederung**, 20. Februar. Der landwirtschaftliche Verein Dragaß hielt Montag seine erste Monatsversammlung im neuen Jahre ab. Zu ausführlichen Erörterungen gab gleich der erste Punkt der Tagesordnung Anlaß: die Vermögensabgabe. Die Tatsache, daß die Wirtschaften im Vereinsgebiet — d. i. die Schwetz-Neuenburger Weichselniederung — sehr hoch zur Grundsteuer veranlagt sind, bedingt, daß hier jetzt ein besonders hoher Vorschuß eingefordert wird. Es solle deshalb jeder den nach der letzten Anordnung des Finanzministeriums zulässigen Antrag stellen, den Vorschuß nicht nach der Grundsteuer zu erheben, sondern nach den für die Steuerberechnung gesetzlich gegebenen Normen. Herr Kikulski jun., der stellvertretende Wojt, wies in dieser Hinsicht hin auf eine 34 Hektar große Wirtschaft in Montau, die bei Berechnung nach der Grundsteuer jetzt 1246 Goldfranken Vorschuß würde zahlen müssen, während auf sie eine Vermögensabgabe von nur 850 Franken entfällt. Die Einziehung nach der Grundsteuer sei deshalb angeordnet, weil diese Zahl jedem Steuerpflichtigen bekannt sei, während die Veranlagung zur Vermögensabgabe noch recht lange auf sich würde warten lassen; besonders für Besitzungen mit Waldbeständen sei sie äußerst kompliziert, und die Durchführung der Veranlagung könnte recht wohl zwei Jahre in Anspruch nehmen. Redner empfahl daher schon jetzt die Errechnung und Zahlung des entfallenden Vorschusses, da nachher jedenfalls nur eine kurze Zahlungsfrist gestellt werden würde. Die Berücksichtigung der Deichlasten macht das Finanzamt abhängig von dem Nachweis, daß diese Lasten auch zu deutscher Zeit bei Einziehung der Vermögensabgabe als besondere Belastung der Niederung anerkannt seien. Nach Ausführunegn des Vertreters der Zuckerfabrik Schwetz über deren Vergütungen an die Rübenlieferanten wurde die Vorstandswahl erledigt, und zwar durch Wiederwahl sämtlicher Mitglieder und die Wahl des Herrn Bartel-Hilmarsdorf zum Schriftführer an Stelle des infolge Fortzugs ausgeschiedenen Herrn Kannebier. Der jetzige Vorsitzende, Herr Tyart, leitet den Verein seit nunmehr 20 Jahren; sein Stellvertreter, Herr Ewert, war von 1901 an Schriftführer, seit 1904 stellvertretender Vorsitzender und hat während der Kriegsjahre die Gesamtgeschäfte des Vereins allein geleitet. Die Versammlung ernannte aus diesem Anlaß beide in Anerkennung ihrer Verdienste um den Verein zu Ehrenmitgliedern.

we. **Aus dem Kreise Schwetz**, 21. Februar. Das Restgut Gruppe, dem ehemals staatlichen Gutsverwalter Korffmann gehörig, der nach Deutschland auswanderte, ist in den Besitz eines geistlichen Ordens übergegangen. Auch der Park mit den Ruinen des Gutshauses, das den Erben des Generalleutnants v. Bismarck gehörte, ist von demselben Orden übernommen.

* **Stargard** (Starogard), 21. Februar. Wegen Wuchers hatten sich kürzlich zwölf Bäckermeister vor der 2. Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten. Die Anklage warf ihnen vor, daß sie im Oktober 1921 für 1 Pfund Brot 70 Mark bzw. Ende Oktober desselben Jahres für ein 3-Pfund-Brot 225 M. und 240 M. als Verkaufspreis festgesetzt hatten, während der durch die Preisprüfungskommission festgesetzte Preis nur 215 M. betrug. Das Gericht verurteilte neun der Angeklagten zu Freiheitsstrafen von je 2 Wochen und 2 000 000 M. Geldstrafe. Die drei anderen wurden freigesprochen. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt.

Lest das Blatt der Deutschen in Polen: die „Deutsche Rundschau".

Handels-Rundschau.

Die internationale Mustermesse zu Prag. Die Anzahl der eingelaufenen Anmeldungen hat alle Erwartungen übertroffen. Seit Anfang Februar sind nämlich alle Pavillons gänzlich belegt, und man kann behaupten, daß diesmal die größten und erstklassigen Fabriken der Tschechoslowakischen Republik ausstellen, so daß ausländische Interessenten auf der Prager Mustermesse alles finden werden, was die tschechoslowakische Industrie bieten kann. Die bevorstehende Prager Frühjahrsmesse ist eigentlich die erste, wo der Kaufmannschaft Polens zufolge der Stabilität der Warenpreise in der Tschechoslowakei einerseits und der Nivellierung der Preise der einheimischen Industrie mit den Weltpreisen die Möglichkeit geboten wird, günstige Geschäftsverbindungen mit der Tschechoslowakischen Republik anzuknüpfen. Die Kosten der Reise nach Prag (via Kattowitz-Oderberg) sind bei Anwendung der üblichen Begünstigungen (33 Prozent Nachlaß der Fahrpreise auf tschechoslowakischen Bahnen, und 75 Prozent Ermäßigung der Visumtaxe. Kc. 17,50 anstatt Kc. 70), mit dreitägigem Aufenthalt in Prag, verhältnismäßig niedrig, und zwar betragen dieselben rund Kc. 400,— gleich etwa 110 000 000 Mp. exkl. der Reise zur Grenze. Informationen erteilt unentgeltlich das Tschechoslowakische Konsulat in Posen (Poznań), Plac Sapieżyński Nr. 8, woselbst auch Messelegitimationen ausgefolgt werden.

Holzprobenausstellung auf der Osteuropäischen Holztechnischen Messe. Auf der vom 25. bis 28. März 1924 in Königsberg Pr. stattfindenden Frühjahrsveranstaltung der Osteuropäischen Holzmesse wird u. a. eine reichhaltige Schau von Holzproben zur Erläuterung der Arten und Eigenschaften des Holzes für jeden Verwendungszweck stattfinden. Ein in Fachkreisen anerkannter Sachverständiger ist mit der Auswahl des Materials beauftragt. Mehrere angesehene Firmen sowie einige technische und forstliche Hochschulen des In- und Auslandes haben ihre Sammlungen zur Verfügung gestellt. U. a. ist es gelungen, eine in Privatbesitz befindliche, über 5000 Stück umfassende Holzprobensammlung für die Holztechnische Messe zu gewinnen.

Geldmarkt.

Amtlicher Valorisationswert des Goldfranken für den 23. Februar: 1 800 000 Mp.

Die polnische Mark am 21 Februar. Danzig 0,628—0,632, Auszahlung Warschau 0,611—0,614; London, Auszahlung Warschau 38 000 000; Prag, Auszahlung Warschau 3,50—4,30.

Warschauer Börse vom 21. Februar. Schecks und Umsätze: Belgien 326 800—321 800, Holland 3 485 000—3 465 000, London 40 350 000—39 950 000, Neuyork 9 350 000—9 300 000, Paris 391 000—386 000, Schweiz 1 618 000—1 609 000, Prag 271 100—266 500, Wien 132,10—131,00, Italien 403 000—399 500, Goldfrank 1 802 000. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollar der Vereinigten Staaten 9 350 000—9 300 000, franz. Franken 387 500—386 000.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	In Millionen 21. Februar		In Millionen 20. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Gld.	1565075	1573925	1566075	1573925
Buen.-Air. Pes.	1426425	1433475	1426425	1433475
Belgien 1 Frcs.	147635	148365	147635	148365
Norwegen Kr.	554610	557390	554610	557390
Dänemark Kr.	666330	663615	664335	667665
Schweden Kr.	1097250	1102750	1097250	1102750
Finnland 1 Mk.	105735	106265	105735	106265
Italien 1 Lire	181545	182455	181545	182455
England Pf. St.	18054750	18145250	18054750	18145250
Amerika 1 Doll.	4189400	4210500	4189500	4210500
Frankreich Fr.	179550	180450	179550	180450
Schweiz 1 Frc.	728175	731825	728175	731825
Spanien 1 Pes.	532665	535335	532665	535335
Tokio 1 Yen	1890250	1904750	1895250	1904750
Rio de Jan. 1 Milreis	498750	501250	498750	501250
Dtsch.-Oesterr. 100 Kr. abgest.*	60.847	61.153	59.351	59.649
Prag 1 Krone	121695	122305	121695	122305
Budapest 1 Kr.*	99.750	100.250	148.627	149.373

* In tausend Reichsmark.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 21. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Verkehrsfreier Scheck: Warschau (1 000 000) 0,611 Geld, 0,619 Brief. Banknoten: 100 Rentenmark 132,169 Geld, 132,851 Brief, 1 000 000 polnische Mark 0,628 Geld, 0,632 Brief, 1 amerikanischer Dollar 5,7855 Geld, 5,8145 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief, Berlin 100 Billionen Reichsmark 129,176 Geld, 129,824 Brief, Neuyork 1 Dollar 5,7880 Geld, 5,8170 Brief, Brüssel 100 Franken 19,75 Geld, 19,85 Brief.

Züricher Börse vom 21. Februar. (Amtlich.) Neuyork 5,78, London 24,90, Paris 24,05, Wien 0,0081¼, Prag 16,77½, Italien 24,80, Belgien 20,10, Holland 215⅝, Berlin 1,29.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für Gold 2 179 000, Silber 870 000, 1 Dollar, große Scheine 9 152 000, kleine 8 945 000, Sterling 39 550 000, franz. Franken 385 000, Schweizer Franken 1 590 000, Złoty, Serie 2 1 400 000.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 21. Februar. (Notierungen in 1000 Prozent.) Bankaktien: Kwilecki, Potocki i Ska. 1. bis 8. Em. 600. Bank Przemysłowców 1.—2. Em. 860. Polski Bank Handl., Poznań, 1.—9. Em. 800. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. 235. Bank Młynarzy 1.—2. Em. 62,5—60. — Industrieaktien: R. Barcikowski 1.—6. Em. 160. Browar Krotoszyński 1.—5. Em. 900—875. H. Cegielski 1.—9. Em. 250—255. Cukrownia Zduny 1.—3. Em. 16 000. Galwana 1.—3. Em. 180. Goplana 1.—3. Em. 400—420—400. C. Hartwig 1.—6. Em. 310—300. Hartwig Kantorowicz 1.—2. Em. 1250. Hurtownia Drogeryjna 1.—3. Em. 70. Hurtownia Związkowa 1.—5. Em. 30—28. Herzfeld-Viktorius 1. bis 3. Em. 1500—1600. Lubań, Fabryka przetw. ziemn. 1.—4. Em. 19 500—20 000. Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie 140. Dr. Roman May 1.—4. Em. 8800. Młyn Parowy w Gnieźnie 1. Em. 350. Młyn Ziemiański 1.—2. Em. 425. Młynotwórnia 1.—5. Em. 325. Płótno 1.—3. Em. 200—190. Papiernia, Bydgoszcz, 1.—4. Em. 175—180. Piechcin, Fabryka Wapna i Cementu 1650—1600. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. 450—460. Pneumatik 1.—4. Em. 50. Spółka Stolarska 1.—3. Em. 500. Tkanina 1.—4. Em. 160. Tri 1.—3. Em. 1400—1500. „Unja" (früher Ventzki) 1. u. 3. Em. 2300. Waggon, Ostrowo, 1.—4. Em. 800—850. Wojciechowo Tow. Akc. 1.—3. Em. 280. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. 87—80. Zjed. Browary Grodziskie 1.—4. Em. 500. Tendenz: behauptet.

Produktenmarkt.

Danziger Getreidenotierung (amtlich) vom 21. Februar. Weizen 10,50—11,00, Roggen 6,60—6,67½, Gerste 6,90—7,00, Hafer 6,25 bis 6,50, Erbsen ohne Handel, Peluschken 7,50, bessere, ganz trocken, etwas mehr, Wicken 7,00—7,75.

Berliner Produktenbericht vom 21. Februar. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Station. Weizen märkischer 165—170, mecklenb. 160—165, Tendenz matter, Roggen märkischer 132—137, pomm. 129—132, westpr. 128—130, matter, Braugerste 155 bis 170, Futtergerste 140—150, kaum stetig, Hafer märk. 110—115, pommerscher 104—110, westpr. 100—114, matter, Weizenmehl per 100 Kg. 25,25—27, matter, Roggenmehl 21,75—23,75, matter, Weizenkleie 8,30—8,50, fest, Roggenkleie 7,00, schwächer, Raps für 50 Kg. in Mark ab Station 2,90—2,95, stetig, Leinsaat für 100 Kg. in Mark 4,50—4,35, stetig, für 100 Kg. in Mark ab Abladestationen: Viktoriaerbsen 27—29, kleine Speiseerbsen 18,50—19,50, Futtererbsen 13—14, Peluschken 12—13, Ackerbohnen 13,50—14,50, Wicken 13—14, blaue Lupinen 14—14,50, gelbe Lupinen 15—16,50, Serradelle 14—14,50, Rapskuchen 10,50—10,60, Leinkuchen 21—22, Trockenschnitzel prompt 8, Zuckerschnitzel 16—17, Torfmelasse 8, Kartoffelflocken 16,40.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 21. Februar in Zawichost — (1,70), Warschau — (2,04), Plock — (1,40), Krakau — (1,46), Thorn 1,49 (1,51), Fordon 1,22 (1,27), Kulm 2,11 (2,15), Graudenz 1,84 (1,86), Kurzebrak 1,69 (1,68), Montau 0,77 (0,84), Piekel 0,80 (0,80), Dirschau 0,91 (1,95), Einlage 2,18 (2,18), Schiewenhorst 2,30 (2,40) m. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Eisbericht vom 20. Februar. Eisverhältnisse und obere Dampferverhältnisse unverändert. „Wrsbno" auf der Strecke von Graudenz bis zur Versetzung Kilometer 69, „Ferse" dortselbst bei der Versetzung Kilometer 69.

Die deutsche Sanierung.

Seit Mitte November 1923, als unter schweren Zuckungen des todkranken Volkskörpers sich der Übergang zur Festwährung vollzog, haben sich in Deutschland und seiner Volkswirtschaft inzwischen wesentliche Gesundungserscheinungen geltend gemacht. Wer jetzt nach Deutschland kommt und das deutsche Wirtschaftsleben seit mehreren Monaten, etwa seit der Leipziger Herbstmesse, nicht mehr gesehen hat, ist erstaunt über die günstige Wendung, die sich aus eigenen Kräften des Wirtschaftslebens vollzogen hat.

Hat man im Auslande die Abwendung vom Bezuge deutscher Waren vielfach damit begründen wollen, daß die deutschen Produzenten hinsichtlich Ausführung und Lieferung nicht mehr zuverlässig seien, so trifft dieses Argument heute keinesfalls zu. Die Einführung festen Geldes hat dem deutschen Produzenten ganz neue Möglichkeiten des Arbeitens und der Kalkulation auf lange Frist erschlossen. Demgemäß wird es auch wieder möglich, bindende Offerten auf Monate hinaus zu stellen und Aufträge zur pünktlichen, genauen Ausführung anzunehmen.

Es ist kein Geheimnis, daß man vielfach im Auslande Aufträge, die für die deutsche Industrie bestimmt waren, deshalb zurückgehalten hat, weil man politische Störungen befürchtete, die die Ausführung des Auftrags völlig vereiteln könnten. Bekanntlich war die innerpolitische Situation Deutschlands im Oktober und November scharf zugespitzt. Heute liegen nunmehr die Verhältnisse ganz anders. Mit dem Abschluß der Geldentwertung, die in Gestalt einer maßlosen Teuerung höchst aufreizend auf die Volksmassen wirkte, ist auch der politische Radikalismus zugunsten der Mittelparteien stark zurückgetreten. Für die politische Lage in den deutschen Industriebezirken, die vor allem zur Ausführung der Lieferungsaufträge des Auslandes berufen sind, ist die Gestaltung der Dinge im Freistaat Sachsen ein sehr beachtenswertes Symptom. Hier hat vor wenigen Wochen die sozialdemokratische Minderheitsregierung, die sich zum Teil mit auf die Kommunisten stützte, einer „Großen Koalition“ Platz gemacht, deren linken Flügel die gemäßigte Sozialdemokratie, deren rechten Flügel die Deutsche Volkspartei bildet.

Am Sonntag, 13. Januar 1924, fanden allenthalben in Sachsen die Wahlen zu den Gemeindevertretungen statt, die einen erheblichen Sieg der Bürgerlichen brachten und somit den Schwerpunkt der Kommunalpolitik nach der gemäßigten Mitte zu verschoben. Hätten etwa an diesem Tage auch Landtagswahlen stattgefunden, so wäre dies Ergebnis zweifellos noch deutlicher in Erscheinung getreten. Die Zeitverhältnisse fördern also in Deutschland und gerade in seinen Industriebezirken anstatt des bisherigen Kampfes der radikalen Gruppen um die Macht nun vielmehr den Ausgleich der bürgerlichen und der Arbeiterseite auf Grund eines gemäßigten wirklichkeitstreuen Programms. Die Folgen für die Produktion sind äußerst günstig. Die Wahrscheinlichkeit sozialer Kämpfe hat bedeutend abgenommen. Gleichmäßigkeit und Stetigkeit dürften die nächste Zukunft des deutschen Wirtschaftslebens kennzeichnen. Hand in Hand mit alledem geht der Preisabbau, der dem Inlandsmarkte sowohl als auch dem Export zugute kommt.

Es ist heute sehr wohl wieder möglich, in Deutschland Qualitätsware wohlfeil in beliebiger Menge zu genau eingehaltenen Lieferungsterminen zu beziehen. Die Kenntnis dieser Tatsache breitet sich immer mehr in aller Welt aus und sichert der deutschen Wirtschaft die baldige Überwindung der Übergangskrise. Infolgedessen zeigt sich allenthalben wieder ein reger Unternehmungsgeist. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1924 vom 2. bis 8. März dürfte dem großen Heer der internationalen Besucher den Beweis dafür liefern, daß Deutschlands schaffende Kräfte nach den schweren Erlebnissen der Geldentwertungszeit heute auf dem Wege der Gesundung wieder in starkem Vorwärtsschreiten sind. Dr. A.

Macdonalds Anfang.

Der neue englische Premierminister Ramsay Macdonald hat sich aus einfachsten Anfängen zu der weltpolitischen Stellung emporgearbeitet, in der er jetzt die Geschicke des britischen Weltreiches bestimmt. In Lossiemouth, einem Dorf in Schottland, geboren, fand er zunächst als Landarbeiter Beschäftigung. Aber bald kam der junge Mensch nach Bristol, und da es ihn nach einem noch größeren Schauplatz zog, so wanderte er zu Fuß, fast mittellos, nach London, dessen Straßen, wie er träumte, mit Gold gepflastert sein müßten. Doch statt des Goldes fand er auf den Londoner Straßen zunächst nur Hunger und Entbehrung. Eine eindrucksvolle Erzählung von dieser ersten Londoner Zeit hat er selbst in einer englischen Zeitschrift veröffentlicht und es ist von nicht alltäglichem Interesse, die ersten Schritte zu beobachten, die er auf dem Schauplatz seiner späteren Erfolge machte.

„Ich kannte keine Seele in London, als ich ankam,“ sagte er, „und ich verbrachte einige Wochen damit, die Anzeigenspalten der Zeitungen zu studieren und eifrig nach einer Beschäftigung zu suchen. Wenn ich so mit leerem Magen durch die Straßen irrte, da beneidete ich die Zeitungsjungen, die mit so frischer Kehle ihre Ware ausriefen, und blickte ehrfürchtig zu den Omnibusschaffnern auf, deren Benehmen ich eingehend studierte. Ich wäre gern auch Omnibusschaffner geworden. Aber da war nicht anzukommen. Da ich mit meiner Miete im Rückstand war und trotz größter Sparsamkeit alle meine Barmittel aufgebraucht hatte, so war ich froh, daß ich eine Zeitlang als Adressenschreiber 10 Schillinge die Woche verdiente, und es war für mich ein weiterer beträchtlicher Fortschritt, als ich eine Stellung fand, in der ich 15 Schilling die Woche bekam.

Ein ganzes Jahr lang bestand nun meine Arbeit darin, in einem Keller bei schlechter Beleuchtung Fakturen auszuschreiben. Aber von nichts zu 15 Schilling in der Woche war für mich ein großer Erfolg, dessen Bedeutung nur ich ganz würdigen konnte. Dieses Jahr, das ich im Keller verbrachte, war ein Triumph für mich, denn ich konnte mich mit den 15 Schilling nicht nur selbst ernähren und kleiden, sondern ich brachte auch noch die nötigen Mittel auf, um Vorlesungen an verschiedenen Instituten und am London College zu besuchen, und ich sparte noch genug Geld, um meine Ferien zu Hause in Schottland zu verbringen.

Wie ich das anstellte? Nun, ich löste das Problem, mit 50—60 Pfennigen am Tage auszukommen. Ich kaufte mir mein Essen selbst bei den Straßenhändlern; aber mein Hauptnahrungsmittel, Hafermehl, ließ ich mir aus Schottland schicken, von wo ich es viel billiger bekam. Solch ein Luxus, wie Tee und Kaffee, war für mich nicht vorhanden. Aber ich bekam bald heraus, daß heißes Wasser ganz dieselben Dienste leisten konnte wie Tee und fast ebenso gut schmeckte. Zu Mittag aß ich für 20—30 Pfennige in einem kleinen Speisehaus; aber ich muß sagen, daß ich fast immer satt wurde.

Meine Arbeitszeit im Geschäft begann um 8 Uhr morgens und dauerte bis 6 Uhr abends. Aber mein Arbeitstag fing schon um 4 an, denn so früh fing ich schon mit dem Studium der nationalökonomischen und politischen Dinge an, die mich interessierten, und da ich am Abend Vorlesungen besuchte, so kam ich nicht vor 11 Uhr ins Bett.“ Nach diesem ersten Jahr in London, das die Grundlage zu Macdonalds Aufstieg bilden sollte, fand er dann eine Stellung als Privatsekretär des ersten Sekretärs des „National Liberal Club“ und kam dadurch in jene Kreise, von denen seine parteipolitische Laufbahn ausging, die ihn auf den ersten Platz im Britischen Weltreich führte.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 22. Februar.

Die neue Einkommensteuer.

Durch Gesetz vom 10. Januar 1924 (Dz. Ust. Nr. 13 poz. 110) ist die Gültigkeit des Einkommensteuergesetzes in der Form, wie es in der Verordnung des Finanzministers vom 14. Juli 1923 veröffentlicht wurde (Dz. Ust. Nr. 77 poz. 607) auf das ganze Gebiet der Republik ausgedehnt worden. Dieses Gesetz bestimmt, daß physische Personen bis spätestens 1. März eines jeden Jahres ihre Steuererklärung auf einem vorgeschriebenen Formular einzureichen haben. Innerhalb derselben Frist ist die Steuer, berechnet auf Grund der eigenen Einschätzung, zu bezahlen und der Steuererklärung ist die Bescheinigung über die erfolgte Bezahlung beizufügen.

Von der Verpflichtung, die Einschätzung ohne Aufforderung einzureichen, sind Landwirte mit einem Besitz unter 30 Hektar befreit. Ferner haben die Vorsitzenden der Einschätzungskommissionen die Ermächtigung, auf Grund einer Eingabe physischer Personen die Frist zur Einreichung der Erklärung bis zum 1. Juli zu verlängern. Die Westpolnische landwirtschaftliche Gesellschaft empfiehlt ihren Mitgliedern mit einem Besitz über 30 Hektar unverzüglich einen solchen Antrag zu stellen und ihn damit zu begründen, daß das Gesetz zu spät veröffentlicht wurde, um den Steuerzahlern genügend bekannt zu sein, und daß außerdem ein authentischer Text des Gesetzes nach Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen noch nicht erschienen ist und eine genaue Kenntnis des Gesetzes auch dadurch sehr erschwert ist. In der gleichen Eingabe muß um Verlängerung der Zahlungsfrist nachgesucht werden. Eine Erklärung gleichen Inhalts kann man auch mündlich bei der Behörde zu Protokoll geben. Geschieht die Eingabe schriftlich, so sind die nötigen Stempelmarken beizufügen.

---

§ **Einen stürmischen Verlauf** nahm die gestern abend im Zivilkasino abgehaltene Hauptversammlung des Bromberger Wirtschaftsvereins, die sehr stark besucht war. Nach Erledigung der Vorstandswahl, bei der der bisherige Vorsitzende Kaufmann Wagner mit sehr großer Mehrheit wiedergewählt worden war — von polnischer Seite war der Stadtv. Weimann vorgeschlagen worden — wurde von einigen polnischen Mitgliedern gegen den Vorstand der Vorwurf erhoben, er habe aus politischen Gründen die Aufnahme polnischer Mitglieder abgelehnt. Demgegenüber betonte der Vorsitzende mit Nachdruck, daß der Verein lediglich wirtschaftliche, dagegen keinerlei politische Ziele verfolge. Die Ablehnung einiger neuer Aufnahmegesuche, auch solcher von Deutschen, sei zurzeit nur aus dem Grunde erfolgt, weil Neuaufnahmen nur zu bestimmten periodischen Zeiten vorgenommen würden. Die Aussprache über diesen Punkt nahm ziemlich erregte Formen an, und da verschiedene Versammlungsteilnehmer andauernd lärmten, so mußte die Sitzung schließlich aufgehoben werden, ohne daß die Tagesordnung erledigt werden konnte.

§ **Über Mißstände im Straßenhandel mit Zeitungen** wird von einem kriegsinvaliden Zeitungsverkäufer in einer Zuschrift Klage geführt, die uns beachtenswert erscheint. Der Schreiber weist darauf hin, daß der Zeitungsverkauf durch Kinder und halbwüchsige Burschen oft zu Belästigungen des Publikums führe, und er fragt, ob es überhaupt zulässig sei, daß Kinder sich mit dem Zeitungsverkauf abgeben, der doch als Handel auch der Steuer unterliegen müsse. Bezahlen diese jugendlichen Zeitungsverkäufer auch die Patentsteuer? Er als Invalide müsse, obgleich er nur einen kleinen Stand in einem Hausflur der Danzigerstraße habe, Patent und Steuern zahlen, trotzdem er weniger Zeitungen verkaufe als die jugendlichen Straßenhändler. Sodann weist der Schreiber noch auf den besonderen Fall eines blinden Zeitungsverkäufers hin, der an der Ecke der Danziger- und Bahnhofstraße seinen Stand habe. Dieser Mann werde durch manche der Zeitungsjungen geschädigt, die so tun, als ob sie zu ihm gehörten und dabei ihre eigenen Zeitungen losschlagen. Zum Schlusse appelliert der Schreiber an das Publikum und bittet, die invaliden Zeitungsverkäufer zu unterstützen, statt den Straßenhandel der Kinder zu fördern.

§ **Der Bienenwirtschaftliche Verein von Bromberg und Umgegend** hielt am 17. Februar in der Bahnhofschule seine Februar-Versammlung ab, unter Leitung des neugewählten Vorsitzenden Swoboda. Zunächst wurde der Jahresbeitrag auf 3 Zloty festgesetzt; von Neueintretenden wird ein Eintrittsgeld von einem Zloty erhoben. Der Beitrag kann auf einmal fürs ganze Jahr oder in zwei Hälften bezahlt werden; er muß aber unwiderruflich bis spätestens 1. März d. J. an den Vereinskassierer, Ingenieur Kawecki, Friedrich-Wilhelmstraße (Zyg. Aug.) 5, entrichtet werden, andernfalls die säumigen Mitglieder ihrer Mitgliedschaft ohne weiteres verlustig gehen. Die Reste vom vorigen Jahre müssen auch unbedingt sofort bezahlt werden, damit der Verein vor Verlusten bewahrt wird. Der Verband ist gerichtlich eingetragen. — Hierauf beschloß die Versammlung einstimmig, den bisherigen langjährigen und verdienstvollen Vorsitzenden, Seminarlehrer Will, zum Ehrenmitgliede zu ernennen. Darauf hielt Herr Hypner einen lehrreichen Vortrag über Auswinterung der Bienen und erste Arbeiten im Frühjahr. Der Vortrag entfesselte eine rege Aussprache.

§ **Der Jugendbund für Entschiedenes Christentum** (Fischerstraße 8b) feierte am Sonntag, 17. Februar, sein 20. Jahresfest. Am Vormittag fand ein Festgottesdienst in der Pfarrkirche statt, bei dem Pastor Lassan-Vandsburg die Festpredigt hielt. Er wies auf das Wesen, den Zweck und die Notwendigkeit des entschieden christlichen Jugendbundes hin. Am Nachmittag versammelten sich zunächst die Mitglieder zu einer Weihestunde und um 5 Uhr begann die eigentliche Festversammlung. Hunderte von Zuhörern hatten bald den Saal der Landeskirchlichen Gemeinschaft bis auf den letzten Platz gefüllt. Nach gemeinsamem Lied mit Posaunenbegleitung, Gebet und Chorgesang begrüßte Pfarrer Hesekiel mit herzlichen Worten die Festteilnehmer und sprach dem Bunde seine Segenswünsche als Mitchrist, Pfarrer und Vorstandsmitglied der Gemeinschaft aus. Nach gemeinsamem Gesang richtete der Vorsitzende des Bundes einige Worte an die Versammlung und im Anschluß daran übermittelten die Vertreter der Nachbarbünde deren Segenswünsche. Nachdem die Schriftführerin den Jahresbericht erstattet hatte und ein Gedicht vorgetragen worden war, sang der gemischte Chor, und es folgte die Festansprache des Verbandsvorsitzenden, Pastor Lassan jun., über Psalm 103. Dem von großer Liebe der Jugend zeugenden Vortrag wurde von den Zuhörern große Teilnahme entgegengebracht. Nach einem Chorgesang sprach Pf. Hesekiel das Schlußgebet und ein gemeinsam gesungenes Lied beendete die schöne und eindrucksvolle Feier.

§ **Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen** ist von dem Untermieter einer Witwe an deren 9jähriger Tochter verübt worden. Die Frau war am 2. Februar zur Teilnahme an einer Hochzeit nach auswärts gefahren und hatte ihre Tochter zu Hause zurückgelassen. Der Mieter, ein gewisser Marian Czaplewski, verging sich schwer an dem Mädchen und verschwand bald darauf. Erst jetzt, drei Wochen nach der Tat, wurde der Kriminalpolizei Meldung erstattet, und inzwischen hatte der Verbrecher an die Mutter des Mädchens einen Brief gerichtet, in dem er um Verzeihung für seine Tat bittet und Reue und Besserung verspricht.

§ **Gestohlen** wurde gestern vormittag zwischen 10 und 11 Uhr aus einer Wohnung in der Schleusenstraße (Artura Grottgera) ein Damenmantel, Wäsche und Schmuckgegenstände. — Im Hause Posener Straße (Poznańska) 2 wurde eine Singer-Nähmaschine gestohlen.

§ **Festgenommen** wurden gestern zwei Sittendirnen und je eine Person wegen Hehlerei und Diebstahls.

Vereine, Veranstaltungen 2c.

* * *

* **Kolmar** (Chodzież), 21. Februar. Der Jahrmarkt am Dienstag war mit Pferden und Rindvieh gut beschickt; es wurde aber fast gar nicht gehandelt, da es augenblicklich überall an Bargeld mangelt. Für Kühe wurden 400, 500 und 600 Millionen verlangt, für Pferde 1 bis 2 Milliarden. Auf dem Krammarkt, auf dem viele auswärtige Händler erschienen waren, wurde flott gehandelt. — Ein Einbruchsdiebstahl wurde am hellen Tage am Dienstag nachmittag bei dem Steuerbeamten Wętkowski verübt. Die Diebe stahlen die gesamte Bekleidung, Wäsche, Schuhwerk und alles ererbtes Gold- und Silberzeug.

dr. **Nakel** (Nakło), 21. Februar. In der Nacht zum 18. d. M. wurde bei dem Restaurateur Emil Ogorek in Bielawy bei Nakel ein Einbruchsdiebstahl verübt. Gestohlen wurden eine lederne Brieftasche, ein goldenes Pincenez, fünf Liter Schnaps, ein Rasiermesser und verschiedene kleine Gegenstände. Der Gesamtwert der gestohlenen Sachen beträgt ungefähr 300 Millionen Mark. Den Dieben ist man schon auf der Spur.

* **Posen** (Poznań), 20. Februar. Das Asyl für Obdachlose, welches sich in der ul. Łazienna befindet, ist gegenwärtig stark überfüllt. Wie den „P. N. N.“ berichtet wird, nächtigen dort täglich an 150 Personen beiderlei Geschlechts (in getrennten Abteilungen). Es wird beklagt, daß das Heim weder geheizt wird, noch genügend Schlafdecken und Strohsäcke vorhanden sind. Auch wimmelt es von Läusen. Die Obdachlosen müssen — man höre und staune — für das Nachtquartier einen Obolus von 50 000 M. entrichten. Ob den Ärmsten auch eine warme Speise verabreicht wird, ist nicht bekannt. Was gefordert werden muß, das ist eine gründliche Desinfektion der dort nächtigenden Personen. Eine Badeeinrichtung ist nicht vorhanden.

Die russischen Konzessionen.

Erfahrungen der Firma Krupp.

Der Kruppsche Generalbevollmächtigte für die russischen Landkonzessionen gibt auf ihm vorgelegte Fragen folgende Antwort:

1. Welche Erfahrungen sind bisher mit der Auswirkung des Abkommens zwischen der Firma Krupp und der Sowjetregierung gemacht worden?

Die Arbeiten auf der Landkonzession haben im Juni 1923 begonnen und sind bis jetzt programmäßig durchgeführt worden, sowohl was die Ackerbestellung wie die Viehhaltung und die Bautätigkeit auf dem Zentralgutshofe anbetrifft. Der erste große Maschinen- und Gerätetransport ist im August 1923 ohne erhebliche Reibungen auf dem Konzessionsgebiet eingetroffen. Die Fühlungnahme mit der Bevölkerung hat sich günstig entwickelt, auch die Arbeiterfrage macht keine besonderen Schwierigkeiten. Der Verkehr mit den Behörden vollzieht sich glatt und unter angenehmen Formen, bei vollem Verständnis der Behörden für die Bedürfnisse der Konzession.

2. Welche Aussichten können auf Grund der gemachten Erfahrungen für etwaige weitere Ausdehnung wirtschaftlicher Vereinbarungen zwischen deutschen Unternehmungen und der Moskauer Regierung gestellt werden?

Nach den bei der Landkommission gemachten Erfahrungen können als aussichtsvoll bezeichnet werden alle produktiven Konzessionen, die an dem Wiederaufbau Rußlands mitarbeiten, in erster Linie solche, die sich auf natürliche Bodenschätze sowie auf Landwirtschaft und ihre Nebenzweige beziehen. Weniger aussichtsvoll erscheinen Konzessionen, die sich auf bloße Ausnutzung des gegenwärtigen Zustandes, z. B. durch den Handel, beziehen.

3. Sind Erfolge wirtschaftlicher Verständigungen zwischen den Ländern, die neuerdings die Sowjetregierung anerkannt haben, mit dieser Regierung zu erwarten?

Es kann wohl damit gerechnet werden, daß der politischen Annäherung eine wirtschaftliche folgt.

4. Besteht die Aussicht auf internationale Verständigung über den Ausbau des Konzessionswesens in Rußland?

Hierüber ist unserer Firma nichts bekannt.

5. Wie sind die Mißhelligkeiten zu beurteilen, die sich neuerdings in Einzelfällen bezüglich der Verwertung ausländischer Konzessionen in Rußland geltend gemacht haben?

Diese Mißhelligkeiten dürften als Einzelfälle zu betrachten sein, bei denen sich im Laufe der Arbeit herausgestellt hat, daß sie unter auf beiden Seiten verschiedenen Voraussetzungen begonnen wurden.

6. Ist mit einer baldigen weiteren Erschließung des russischen Marktes für die europäische Industrie durch das russische Konzessionswesen zu rechnen?

Die Erschließung des russischen Marktes für die europäische Industrie hängt weniger von Konzessionen ad hoc als von der Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung, in erster der bäuerlichen, ab. Alle industriellen Konzessionen, die im Zusammenarbeiten mit der russischen Regierung diesem Ziele zustreben, werden ihre Erzeugnisse schon jetzt auf dem russischen Markte absetzen können. Für eine massenhafte Einfuhr hochqualifizierter Waren ist der russische Markt heute noch nicht reif.

Kleine Rundschau.

* **Das Rätsel der Elektrizität.** Bei einer Vorlesung, in der er die Tatsache berührte, daß man über das eigentliche Wesen der Elektrizität nichts wisse, erzählte der englische Elektrotechniker Godfrey Isaacs von einem Schullehrer, der einmal seine Jungen fragte, was Elektrizität sei. Ein Schüler hob den Finger und erklärte dann, als er gefragt wurde: „Jetzt habe ich's leider vergessen.“ „Das ist wirklich tragisch“, sagte der Lehrer. „Nun gibt es zwei Wesen, die es wissen: Gott den Allmächtigen, der es uns nicht sagt, und diesen Jungen, der es leider vergessen hat.“

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.
Hierzu „Die Scholle“ Nr. 4.

Heute mittag 12¼ Uhr verschied plötzlich infolge Unglücksfalls meine inniggeliebte Frau, unsere gute Tante, Schwester und Schwägerin

Frau Hulda Hoffmann

geb. **Frank**

im 56. Lebensjahre.

Dies zeigt, um stilles Beileid bittend, an

Der trauernde Gatte.

Palcz, den 19. Februar 1924.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Die Trennungsstunde schlug für Dich zu früh,
Doch Gott der Herr bestimmte sie.
Für Dich und mich noch viel zu früh. 5401

Am 20. Februar, mittags 12¼ Uhr, entriß uns der Tod nach langem, schwerem, in großer Geduld getragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende, über alles geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,

Frau

Anna Marx

geb. **Schmidt**

im 61. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:

Wilhelm Marx
Frieda Gieger geb. **Marx** } Bremerhaven
Willy Marx } Bremerhaven
Artur Marx, Grimmen
Marga Marx } Bydgoszcz
Kurt Marx } Bydgoszcz
Johannes Gieger } Bremerhaven.
Traute Gieger } Bremerhaven.

Bydgoszcz, den 22. Februar 1924.

Die Beerdigung findet Montag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten evgl. Friedhofes (Wilhelmstr.) aus statt.

Am 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, verschied plötzlich am Herzschlage mein guter, treusorgender Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater 5402

Johann Gehl

im 72. Lebensjahre.

Bydgoszcz, den 22. Februar 1924.

Im Namen der Hinterbliebenen

Anna Gehl

geb. **Barczikowska.**

Die Beerdigung findet Montag, den 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten, evgl. Friedhofes aus statt.

Mittwoch, den 20. Februar 1924 verschied nach langem schweren, in Geduld ertragenem Leiden mein lieber, guter Mann, unser herzensgute Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Wodtke

im Alter von 51 Jahren.

Hohenholm, den 21. Febr. 1924.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Frau Klara Wodtke

geb. **Mücke,**

Erna, Irmgard, Lotte als Kinder

Die Beerdigung findet Sonntag, d. 24. Febr. 1924, nachm. 2½ Uhr vom Trauerhause aus statt. 5390

Nach schweren Leiden verschied am 20. Februar, 9 Uhr abends, unsere liebe, gute Schwester, Schwägerin und gutes Tantchen 5383

Frau Eva Guse

geb. **Renz**

im Alter von 78 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Leo Renz
nebst Verwandten.

Kobylarnia, d. 21. Februar 1924.

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Photograph. Kunstanstalt
F. Basche, Okole-Bydgoszcz.
Anfertigung erstklassig. Arbeiten.
Bis zur Einführung der neuen Valuta auf die Listenpreise 20% Ermäßigung. 5369

---

13 nette Damen-Masken-Kostüme für mittlere Figur zu verleihen 1928
Dluga 50, 2 Tr.

Hennie entlaufen. Geg. Belohn. abzugeben.
1941 **Pomorska 32b, II.**

Oberhemden, Wäsche jeder Art werden sauber u. gut sitzend angefertigt **Malejki** (Schlosserstr.) 8, p., r. 5298

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, d. 24. Febr. 24. (Sexagesimä).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. 11¼ Uhr: Fr.-T. Nachm. 4½ Uhr: weibliche Jugendpflege im Konfirmanden-Saale. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehause, Pf. Hesekiel.

Ev. Pfarrkirche. Vm. 10 Uhr: Pfarrer Hesekiel*. 12 Uhr: Kindr.-Gottesdst. Nachm. 3 Uhr: Pfarrer Wurmbach. Dienstag, abds. 7½ Uhr: Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr: Pf. Wurmbach. Fr.-T. Dienstag, abends ½8 Uhr: Evgl. Männer- und Jünglingsverein im Gemeindehause.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Pf. Lassahn. Nachm. 3 Uhr: Jugendbund. 6 Uhr: Erbauungsstunde.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 10: Lesegottesdienst. Freitag, abds. 7½ Uhr: Bibelstde.

Landeskl. Gemeinsch. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8 b. Nchm. 2 Uhr: Sonntagsschule. ½4 Uhr: Jugendbund. 5 Uhr: Evangelisationsversammlung. Abends 8 Uhr: Vortrag f. junge Mädchen.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½: Gottesdienst, 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. 5½ Uhr: Jugendverein. Donnerstag, abds. 7 Uhr: Betstunde.

Jägerhof. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst, Gastpredigt, Pf. Michalowski.

Schröttersdorf. Vrm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Kl. Bartelsee. Nachm. 4 Uhr: Frauenverein im Pfarrhause.

Nakel. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Kdr.-Gottesdienst, Nachm. 4½ Uhr: Versammlung der Frauenhilfe. Mittwoch, abds. 6 Uhr: Bibelstunde.

Ostelsk. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.

Weichselhorst. Nchm. 3 Uhr: Gottesdienst.

Heirat

Fräulein

kath., 26 J. alt, wirtsch., bescheiden, gut erzog., 2-Zimmer- u. Küchen-Einr. bes., sucht entspr. Partie, am liebsten kl. Beamten oder Handw. zw. Heirat. Off. erb. u. N. 1934 a. d. Gschst. d. Z.

Landwirt, Anfang 30, evang., groß, Vermög. 10000 Goldfr., wünscht die Bekanntschaft einer **Dame,** m. gl. Vermög. od. mit Landwirtschaft kenn. z. lern. **zwecks Heirat.** Off. unt. **E. 5396** erb. an die Geschst. d. Ztg.

Stellengesuche

Ziegelmeister

verh., energ., m. mehrj. prakt. Tätigkeit, sucht gute Dauerstellg. Gute Zeugn. vorhand. 5310
F. Machnikowski,
Bydg., Lenartowicza 8 b. Zawicki.

Junge Lyzeallehrerin sucht ab sofort od. 1. 4. Stell. a. ein. Schule. Off. u. L. 5347 a. d. G. d. Z.

Versicherung gegen Mißernten

Ich möchte mich gegen Ernteausfall sichern und bestelle daher zur sof. Lieferung einen Wagen 40%iges Kalidüngesalz

Praktische Versuche haben bewiesen, daß sich eine **Kalidüngung** selbst bei ungünstiger Witterung noch gut bezahlt macht!

Kostenlose Ratschläge zur richtigen Düngung erteilt:

Posener Saatbaugesellschaft, Poznań, Wjazdowa 3. 1674

Gutsverwalter,

Ende 40er, alleinst., 28 J. i. Beruf, auf mehreren mittleren u. größeren Gütern Pommerellens Erfahrungen gesammelt, in letzten Jahren in selbstleitend. Stellungen, worüber Zeugnisse, sucht weg. bevorst. Wirtschaftsverkauf ab 1. April evtl. später geeigneten Wirkungskreis. Nebengut evtl. Vorwerk angenehm. Offerten u. **W. 5361** an die Geschäftsst. d. Z.

Tücht. erf. älterer Landwirt

mit guten Zeugn., wie auch der poln. und deutsch. Spr. in Wort u. Schrift mächtig, in Posen u. Westpr. inintensiv. Wtsch. tätig gewesen, jetzige Wirtsch. 4000 Mg. selbst. bewirtschaft., sucht v. 1. 7. 24 od. früh. Stellung als Oberinspektor od. Verwalter e. Nebengutes. **Zydi, Post Konarzyny,** Kreis Chojnice. 5363 **Plomien.**

Maschinenschlosser,

verh., firm in allen ins Fach schlagenden Arbeiten, vertraut mit elektr. Licht- u. Kraftanlagen, sucht Stellung z. 1. April od. spät. als Maschinist, Meister oder Leiter. Suchender war lange Jahre Betriebsleiter einer Milchkonservenfabrik, besitzt einige Erfahrungen in der Ziegelei-, Kartoffelflocken- u. Stärkefabr. Gute Zeugnisse stehen zur Seite. Offerten unter **T. 1818** an die Geschäftsstelle d. Ztg. erb.

Forstmann

verh., mit 3j. Staatsdienst, sucht Stellung als **Förster** vom 1. 4. 24 oder sofort. Meldung unter **C. 1863** an die Gschst. der Dtsch. Rdsch.

Suche Stellg. v. 1. 4. als **Gärtner.** Bin 46 J. a., verh., evgl., erf. in all. Zweigen der Gärtnerei, übernehme auch Bienenz. u. Jagd. **Gartenbursche** kann gestellt werden. 1713
Fr. Kochanski,
Schloßau bei Malki, Kreis Strasburg.

Junger Mann

23J., kath. Relig., d. poln. u. dtsch. Spr. m., v. Milit. entlass., m. gt. Schulbild. u. gt. Militärpap., sucht Stellung als **Eleve** v. sofort oder später. Off. unter **U. 5377** an die Geschäftsstelle dies. Ztg.

Verkäuferin

m. allerbest. Zeugn. s. Stell. in Bäckerei. Off. u. **G. 5398** a. d. Gst. d. Z.

Eine alleinst. Frau mit zwei groß. Kindern sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, sofort od. 1. April eine **Portierstelle** zu übernehmen. Dies. versteht auch die feine Küche. Offerten unter **B. 5329** an die Gst. d. Z.

Gärtner

24 J. alt, unverh., i. all. Zweig. der Gärtn. erf., sucht Stellg. von sofort oder später. Off. unt. **G. 1891** an die Gst. d. Z.

Junges, gewandtes **Mädchen** beid. Landesspr. in W. u. Schr. m., s. Stellg., gl. welch. Art. Angeb. bitte unter **H. 5296** i. d. Gst. d. Dt. Rdsch. niederzul.

Ein Müllergeselle sucht Stellung, in all. Teilen bewandert. Antritt kann sof. geschehen. **A. Ristau, Abb. Pempersin bei Wiecbork** (Pommerellen). 1916

Selbständige Stütze sucht Stellung. Off. u. **F. 5397** a. d. Gschst. d. Z.

Offene Stellen

Größeres Industrie-Werk

sucht für seine einzurichtende Handelsabteilung in Baumaterialien einen intelligenten branchekundigen Herrn für

Verkauf und Reise.

Poln. u. deutsche Sprache Bedingung. Hohes Einkommen und feste Stellung wird zugesichert. Gefl. Angebote unter **L. 1918** an die Gschst. d. Ztg.

Selbständige Wirtin,

die die feine Küche perfekt versteht, Ia Zeugnisse und Empfehlungen hat, bei hohem Gehalt für vornehmen Stadthaushalt gesucht. Offerten unter **D. 5388** a. d. Geschäftsst. d. Z.

Ein ehrl., tüchtiges **Mädchen** vom 1. 3. 24 sowie einen **älteren Mann** ohne Anhang als eigen anzunehmen zw. Führung der Landwirtsch. sucht **Dambrowski,** Ziegelei und Sägewerk, **Wilczak,** Vorst. zw. 5-6 nachm. Jary 2. 5299

Suche zum 1. April f. Landhaushalt herrschaftlichen 1897 **zweiten Diener.** **Gräfin Alvensleben, Gluchowo b. Chełmża.**

Suche z. bald. Antritt evgl., unbedingt zuverlässiges 1868 **1. Stubenmdch.** wenn mögl. mit Nähkenntnissen. Meld. mit Gehaltsanspr., Bild u. Zeugn.-Abschriften an Frau Rittergutsbesitzer **Goertz, Hochheim (Gorzewówko)** bei **Jablonowo, Pomorze.**

Echte Schweizer Seidengaze
Hölzerne Riemscheiben ::
Treibriemen, Elevatorgurte. 1810
Ferd. Ziegler & Co., Dworcowa 95.

Evang. Dame f. leichte Krankenpflege u. Kleinkinderschule für Vorort gesucht. Gute möbl. Wohng. vorhd. Ausführl. Offert. unt. **D. 5331** an d. Gst. d. Z.

Suche zum 1. April d. Jhr. evang. junges **Mädchen** zur Erlernung der **Hauswirtschaft,** bei Zufriedh. Taschengeld. **Frau Gutsbes. Rehfeld, Sicienko, p. Bydgoszcz.**

Tücht. Mädch. mit Kochkenntn. u. nur g. Zeugn. z. 1. 3. gesucht. **v. Haw, Zduny** (Töpferst.) 6a, II.

Aeltere erf. Köchin sof. od. z. 1. 3. 24 gesucht. **B. Grawunder,** 5389 Bahnhofstr. 20.

Saub. Waschfrau gesucht. **Benerowa,** 5392 Dluga 18.

Aufwartung, d. etw. kochen k., für den ganz. Tag gesucht **Chrobrego** (Schleinitzstr.) **12, II, lks.** 5382

An- u. Verkäufe

Wollen Sie verkaufen? Wend. Sie s. vertrauensvoll an **S. Ruszkowski, Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl, Herm.-Frankest. 1a. Tel. 885** 129

Ausländer sucht **eingericht. Schlosserwerkstatt** zu kaufen oder zu pachten. Off. unter **M. 1924** a. d. Gst. d. Z.

Suchen zu kaufen: 2 elegante **Kutschpferde** und 2 schwere **Zugpferde.** **Herm. Voigt nast.** **Bydgoszcz,** ul. Bernardyńska 5. — Tel. 150. — 1746

Zuchtsau 2. mal trächtig, wirft im März, tauscht ein gegen **Schlachtschwein** **Seefeldt, Pawłówek,** 5393 pow. Bydgoszcz.

Piano kreuzsaitig, gut erhalt., zu kaufen ges. Off. u. **B. 5378** a. d. Gst. d. Ztg.

Billig! Chaiselongues, Sofas, Klubgarnituren, versch. Stühle u. and. Möbel Anzahl. auf u. geg. bar verkauft. **Möbelgeschäft** Sienkiewicza 44. 5323

Schlafzimmer in Eiche und **Damenzimmer** in Mahag., allermod. Ausführung, verk. preisw. 1762 auch auf Teilzahlung **Fabrik Jackowskiego 33.**

Zu verk.: **Ein Plüschsofa, 1 Tisch, 1 Feldglas, 1 photogr. Apparat.** 5381 **Dworcowa 49, III. pt.**

Günstigste Einkaufsquelle. Auflege-Matratz. Chaiselongues Sofas 1504 Klubgarnituren Stühle f. Speisez. Stühle f. Küchen Sessel Wiener Stühle **Bocianowo 4** von 8½ bis 4½, Sonnabends von 8 bis 3. Für Wiederverkäuf. spezielle Preise.

● **Gelegenheitskauf.** ● Ein kompl. **Speisezimm.** sehr billig zu verkauf. **ulica Sowińskiego 2** Kronerstraße 2). 5317

Herrenzimmer sehr gut erhalten, sow. div. **Büromöbel, Flachpulte, Stehpulte usw.** zu verkaufen. Angebote erbitte u. **B. 1851** an die Gschst. d. Ztg.

Eßzimmer, gut erh., modern, preiswert zu verk. 5330 **Dwocki, Kościuszki 41.**

Smoking Mittelfig., sow. 2 Paar **Lackstiefel** Größe 40, z. verk. Z. erfr. **Unji Lubelskiej** (Follerstraße) 14a, pt., I. 1850

Eleg. dkl. **Kammgarn-Herren-Anzug** für mittl. Figur preiswert zu verkaufen 1927 **Dluga 50, 2 Tr.**

Schreibmaschine Mercedes 3, neu, preiswert zu verkauf. 5330 **Dwocki, Kościuszki 41.**

Fahrrad m. Freil., Holzfelg. u. gut. Bereif. z. vrk. **H. Bunn, Gdańska 153** 5394

Suchen etliche starke **4" Rollwag.** zu kaufen. 1747 **Herm. Voigt nast.** **Bydgoszcz,** ul. Bernardyńska 5. — Tel. 150. —

1 guter Einspänner-Arbeitswagen, 30 Ztr. Tragkr., gute **Dezimalwage** m. Gewicht bis 5 Ztr. steh. z. Verk. 5787 **Zymne-Wody,** Sandomirska 25.

Häckselmaschine Handbetr., gt. erh., zu verk. **Firma „Opal".** 34 Dworcowa 18d.

Friktionspresse und Drehbank zu kaufen gesucht. Offerten u. **O. 1949** an die Geschäftsstelle d' Zeitung erbeten.

Kupferkessel neu od. gebr., ca. 50 cm tief, 65 cm breit, zu kaufen gesucht. 1923 **H. Grittner, Nakło,** Färberei u. chemische Waschanstalt.

Gutes Kiefern-Klobenholz

trocken, in Waggonladungen franko jeder Station, aus erster Hand, daher billiger wie jede Konkurrenz, bietet an. Anfragen erb. u. **W. 5379** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Rittergut Żurawia bei **Kcynia** verkauft: 1942

1 Massey-Harris-Garbenbind. komplett (ohne Garne), sehr wenig gebraucht und tadellos erhalten,
1 Zucht-Bullen, schwarzb. Niederungsvieh, 6 Monate alt,
1 Zucht-Eber, Yorkshire-Rasse, 6 Monate alt.

Beide Tiere von schönen, kräftigen Formen und guter Abstammung; ferner weiße

Saat-Felderbsen

Besichtigung von Angebotenem an allen Wochentagen.

Die Gutsverwaltung.

Habe sofort zu verkaufen:

2 **Leuchtgasmotore,** 14 und 3 P.S.
2 **Benzolmotore,** 4 und 2 P.S.

1 **Spund- u. Kehlmaschine, Kreissäge**

1 **kompl. Molkerei** für 600 Liter u.
1 **kompl. Einrichtung f. Fabrikat. v. Sensenstreichern,** beid. f. Kraftbetr.

1 **Motorpflug,** 45 P.S. für Rohöl mit Dreischare.

1 **Personen-Auto „Protos",** 28 P.S., m. 6fach. Bereifung, u. 1 **Last-Auto,** 40 P.S., Schnelläufer.

Alle Maschinen sind sofort betriebsfähig. Gefl. Anfr. u. **A. 5384** a. d. Geschst. d. Z. erb.

Roggen, Weizen, Stroh und Heu in Waggonladung. u. kleinen Mengen kauft **Schweizerhof G. m. b. H.,** Bydgoszcz, Telef. 251.

Pachtungen

Bäckerei von sofort oder 1. 4. zu pachten gesucht. Gefl. Off. erbet. unter **K. 1911** an d. Gst. d. Z.

Wohnungen

Laden geeignet f. ein Lebensmitt.-Geschäft, gelegen an der ul. Jagiellońska, von einem größeren Unternehmen, von sofort gesucht. Offert. u. **S. 5366** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

3-5-Zimmer-Wohng. sofort zu mieten ges. Preis nach Vereinbar. Offert. unter **A. 5328** an d. Geschäftsst. d. Z.

Tausche m. 4-Zimm.-Wohng. geg. eine 2-3-zimmr. im Zentrum d. Stadt. Gefl. Off. unter **B. 5386** an d. Gst. d. Z.

Gut möbl. **Zimmer** von berufstätig. Dame zum 1. 3. evtl. spät. im Zentrum oder Altstadt gesucht. Off. u. **T. 5319** a. d. Geschäftst. d. Ztg.

Zum 1. 3. evtl. später wird gut **möbl. Zimmer** von berufstätig. Dame gesucht. Off. u. **S. 5315** a. d. Geschäftst. d. Ztg.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer sofort gesucht. 1018 **C. B. „Expreß",** Jagiellońska 70.

Berufstätige deutsche **Dame** sucht zum 1. 3. **gut möbliert. Zimmer. Bettwäsche vorhanden.** Gefl. Off. unt. **Z. 5202** an die Geschst. d. Ztg.

Berufsdame sucht v. sof. **2 möbl. Zimmer** im Zentrum d. Stadt. Offert. unter **Z. 5325** an d. Geschäftsst. d. Z.

Gt. möbl., ruhiges **Zimmer** sucht intell. Herr von sofort od. 1. 3. Off. u. **C. 5387** a. d. Gschst. d. Z.

Möbl. Zimmer z. verm. 5356 **Grunwaldzka 97, I.**